

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Krisengipfel gegen die Krise**

Wolfgang Moitzi

**Refeudalisierung der Ökonomie.  
Zum Strukturwandel kapitalisti-  
scher Wirtschaft**

Sighard Neckel

**Querfeldein wohin?**

Michael Amon

**Der vergessene Zusammenhang  
zwischen Budget und Konjunktur**

Markus Marterbauer



**Besetzt!**

WIEN MUSEUM



# EDITORIAL

»Die Zeiten mit einem Dreier vorne sind für alle Parteien vorbei«, ließ övp-Klubobmann Karlheinz Kopf Anfang April apodiktisch wissen. »The Times, They Are A-Changin'« möchte man da fast rührselig anstimmen. Aber dass es gar so rasch geht? Vor zwei Wahlen noch bei knapp 35%, heute schon zufrieden, wenn man über 20% kommt und nicht hinter die Piraten fällt? Bei allem Verständnis für die aktuellen Nöte der övp, aber wer das elektorale Abbüßen der politischen Sünden der eigenen Partei zum Naturgesetz erklärt, erweist weder dieser noch der Demokratie insgesamt einen guten Dienst. Dass die traditionellen Großparteien derzeit (nicht nur in Österreich) an oder unter der 30%-Hürde dahinvegetieren hat nämlich nichts Mystisches an sich: Es ist Ausdruck des verspielten Vertrauens der WählerInnen in die Politik insgesamt. Deshalb wäre die övp und die ganze Regierung gut beraten, den U-Ausschuss endlich zum Anlass zu nehmen und mit dem schwarz-blauen Erbe gründlich aufzuräumen. Mitleid mit der övp ist in diesem Zusammenhang unangebracht, Zeit wäre es vielmehr dafür, die Rolle der FPÖ gebührender herauszustreichen. Bevor noch die Zeiten mit einem Zweier vorne für alle Parteien – außer der FPÖ – gefährdet werden.

Das Risiko für weiteren Vertrauensverlust der Politik bringen auch Wirtschaftskrise und Krisenpolitik mit sich. Bei einem Krisengipfel der anderen Art diskutierten junge SozialistInnen im Kreisky-Forum mit Expertinnen und Experten Europas Krisenpolitik. **Friederike Speicker** und **Wolfgang Moitzi** stellen im Rahmen einer *Aktuellen Debatte* ihre Sicht der Dinge dar.

In seiner Kolumne Fragen über Fragen beschäftigt sich **Caspar Einem** mit Österreichs außenpolitischem Verhältnis zu Israel bzw. dem Israel-Palästina-Konflikt.

**Elisabeth Klatzer** und **Christa Schlager** argumentieren, warum der **Fiskalpakt** und die europäische Krisenpolitik **ökonomisch kontraproduktiv** und eine **Gefährdung**

**demokratischer Grundsätze** mit sich bringen. Es bleibe nur wenig Zeit, das Ruder herumzureißen.

Genau diesem Fiskalpakt widersetzt sich in seinem Wahlprogramm der sozialistische Präsidentschaftskandidat **François Hollande**. **Ludwig Dvořák** zeigt auf, warum ein **Sieg Hollandes** möglich und die **Umsetzung seines Programms ein Wendepunkt** für Europas Sozialdemokratie sein könnte.

**Sighard Neckel** analysiert in seinem Beitrag, wie und warum der gegenwärtige **Kapitalismus vormoderne gesellschaftliche Muster** in der Verteilung von Einkommen, Macht und Ansehen entwickelt und erkennt darin eine **Refeudalisierung** der Gesellschaft.

Als Reaktion zu dem in ZUKUNFT 02/2012 erschienen Beitrag von Christian Felber setzt sich **Michael Amon** kritisch mit den Thesen zur **Gemeinwohlökonomie** auseinander.

**Wolfgang Neugebauer** bespricht in seiner **Rezension** zwei Werke, die sich ausführlich, wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln, mit der **Geschichte der KPÖ** auseinandersetzen.

Nach den Buchtipps rundet schließlich **Markus Marterbauer** mit seinem Schlusswort das Heft 04/2012 ab: Er beleuchtet den zuletzt in den aktuellen politischen Debatten in den Hintergrund getretenen **Zusammenhang** zwischen **Budgetdefizit** und positiver **wirtschaftlicher Entwicklung**, die Voraussetzung erfolgreicher Budgetkonsolidierung ist.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!



# Inhalt



»SUE« IM KULTUR- UND KOMMUNIKATIONSZENTRUM GASSERGASSE  
FOTO: CHRISTIAN SCHREIBMÜLLER / SAMMLUNG WIEN MUSEUM

## Aktuelle Debatte

- 6 Das Drama der »Never Ending European Crisis«**  
VON FRIEDERIKE SPIECKER
- 10 Krisengipfel gegen die Krise**  
VON WOLFGANG MOITZI
- 13 Darf Österreich israelische Politik kritisieren?**  
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM
- 16 Fiskalpakt – immerwährende Austerität, Demontage von Wohlfahrtsstaat und sozialen Rechten**  
VON ELISABETH KLATZER UND CHRISTA SCHLAGER
- 26 Frankreich entscheidet über Europas Kurs**  
VON LUDWIG DVOŘAK
- 30 Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft**  
VON SIGHARD NECKEL
- 38 Querfeldein wohin?**  
VON MICHAEL AMON
- 44 Kommunismus in Österreich**  
VON WOLFGANG NEUGEBAUER
- 48 Buchtipps**  
Sachliches & Belletristisches
- 50 Der vergessene Zusammenhang zwischen Budget und Konjunktur**  
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

# Das Drama der »Never Ending European Crisis«

**Friederike Spiecker erklärt** Probleme und Ursachen der gegenwärtigen Versuche, die Krisen mittels Sparwahn in den Griff zu bekommen.

Allmählich kennt der Bürger den Ablauf des Dramas »Never Ending European Crisis«:

1. *Akt*: unübersehbare Anzeichen einer Verschärfung der Rezession in EWU-Krisenstaat x mit folgender Verkündung eines steigenden Haushaltsdefizits

2. *Akt*: steigende Zinsen für Staatsanleihen des Krisenstaats x, Warnmitteilungen durch Ratingagenturen, fallende europäische Aktienkurse

3. *Akt*: die Finanzminister der EWU-Staaten weiten den Euro-Rettungsschirm aus und skizzieren ein verschärftes Design für Fiskalbremsen, die Regierung des Krisenlands sagt weitere Spar- und Reformmaßnahmen zu

4. *Akt*: großzügige Geldspritze der Europäischen Zentralbank (EZB) an die Banken, Lohn- und Rentenkürzungen sowie Streiks im Krisenland x

5. *Akt*: leichtes Absinken der Zinsen bei steigenden Aktienkursen und Arbeitslosenzahlen, erneuter Einbruch der Industrieproduktion in Krisenland x.

Da capo. Wie oft soll das Stück noch aufgeführt werden? Wie lange hält die Bühne noch? Dabei scheint die Rettungsstrategie der beteiligten Entscheidungsträger auf den ersten Blick plausibel: Kurzfristig werden Liquiditätsengpässe der Banken und Staatshaushalte in den Krisenländern gelindert, um ein Auseinanderbrechen der Währungsunion abzuwenden. Das geschieht durch reichliche und extrem billige Ausstattung der europäischen Banken mit Geld durch die EZB und dadurch, dass den Staatshaushalten der Krisenländer Kredite aus den Rettungsfonds gewährt werden, finanziert von den

übrigen EWU-Staaten und dem IWF. Damit das Geld nicht für womöglich überflüssige Dinge ausgegeben wird, unterziehen sich die Krisenstaaten strengen Haushaltskontrollen durch die EZB, die EU und den IWF und führen gesetzliche Schuldenbremsen ein, wie im Fiskalpakt verlangt. Die Einnahmenseite der Krisenstaaten soll verbessert werden durch steigende Steuern und Abgaben sowie strengen Steuervollzug, die Ausgabenseite gedrosselt durch sinkende Sozialausgaben, Kürzungen von Beamtengehältern und Renten, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und anderes mehr. Auf diese Weise soll dem vermeintlichen Grundübel der Krise, unsoliden Staatsfinanzen, in absehbarer Zeit ein Ende bereitet werden.

Die Strategie sieht darüber hinaus umfangreiche und tiefgreifende Strukturreformen insbesondere auf den Arbeitsmärkten vor, die die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften erhöhen soll, damit das Vertrauen der Kapitalmärkte wiederhergestellt wird. Da diese Reformen erst mittel- bis langfristig ihre volle positive Wirkung auf das Wachstum entfalten könnten, während sie kurzfristig durchaus mit Härten, d.h. sinkenden Lohneinkommen, verbunden seien, so die Architekten der Rettungsstrategie, wird auf ihre an den Kapitalmärkten Vertrauen schaffende Wirkung gesetzt.

## FOLGEN DES SPARWAHNS

Nun wird auch für die überzeugtesten Befürworter dieser Strategie immer offensichtlicher, dass sie die Rezession in den Krisenländern und damit die Staatsschulden befördert, so dass das Vertrösten auf Erfolge in der mittleren Frist nicht mehr ausreicht, um breite politische Zustimmung zu erhalten. Denn was heißt »mittelfristig«? Das Krisensymptom unbezahlbar hoher Zinssätze liegt in Griechenland seit weit über zwei Jahren vor. Um diesen Punkt herunter zu spielen, heißt es, Griechenland habe sich mit Lug und Trug in die EWU katapul-

tiert, Reformanstrengungen seien seit 2009 nicht entschlossen genug unternommen worden, so dass jetzt noch keine Erfolge zu erwarten seien, das Land sei ein Sonderfall und nicht zu vergleichen mit den übrigen EWU-Krisenländern, bei denen alles besser verlief. Dieser Sicht der Dinge droht die Zinsentwicklung in Portugal, Italien und Spanien den Garaus zu machen. Wenn auch noch zögerlich erklären sich daher manche Verantwortlichen bereit, über wachstumsfördernde Impulse durch die Fiskalpolitik auf EU-Ebene nachzudenken, um den Volkswirtschaften auf die Beine zu helfen, bis die Strukturformen selbst griffen.

Nur wenige Kritiker stellen die Strategie grundsätzlich in Frage, attestieren ihr also nicht lediglich ein – wie auch immer überbrückbares – Fristenproblem, sondern sagen ihr ein vorprogrammiertes Scheitern voraus. Dabei zeigt die Realität Tag für Tag, dass der private und der öffentliche Sektor eines Landes nicht gleichzeitig erfolgreich, d.h. ohne Schrumpfen der gesamten Wirtschaftsleistung, sparen können, wenn der mit den Sparversuchen verbundene Nachfrageausfall nicht vom Ausland in mindestens gleicher Höhe ausgeglichen wird. Doch diese zwingende Buchhaltungslogik wollen die Entscheidungsträger nicht wahrhaben.

Einen konjunkturellen Einbruch abzufangen ist schon unter »normalen« Umständen (also ohne vorausgegangene weltweite Finanzkrise und ohne Währungsunion) für einen Staat kein leichtes Unterfangen, weil seine Möglichkeiten begrenzt sind, die Akteure des privaten Sektors von einer Wende zum Besseren zu überzeugen. Wenn nun der private Sektor eines Landes unter größter Verunsicherung leidet, die Verbraucher zu sparen versuchen und die Sachinvestoren mangels positiver Auslastungsperspektiven keinerlei Anlass zum Investieren sehen, zugleich das Ausland keine konjunkturelle Stabilität bietet, weil es selbst dem Sparwahn huldigt, dann können alle Sparversuche der öffentlichen Hand nicht nur nicht fruchten, sie müssen das Land notwendigerweise immer tiefer in die Rezession führen. Aus ihr herauszukommen, wird laufend

schwieriger, weil sich die Privaten mit der Dauer der Rezession in ihrer Skepsis bestätigt sehen und so eine sich selbst verstärkende deflationäre Abwärtsspirale in Gang kommt. Alle Hoffnungen auf die an den Kapitalmärkten Vertrauen schaffende Wirkung von Reformen sind illusionär im Vergleich zu der durch sie und die Sparmaßnahmen ausgelösten Zerstörung von Vertrauen in die unmittelbare Zukunft an allen übrigen Märkten. Ob die EWU durch diese unsinnige Politik auf einen Schlag oder auf Raten zerfällt, macht für die jeweils gerade Regierenden einen großen Unterschied, für die Bürger Europas, die das absehbare Desaster erleben müssen, ist es mehr oder weniger gleichgültig.

## FESTSITZENDE WIRTSCHAFTSIDEOLOGIEN

Doch warum fällt es den Verantwortlichen so schwer, diesen Zusammenhang zu verstehen und eine Kehrtwende in der Krisenbekämpfung einzuleiten? Warum kann die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den Krisenländern mit Hilfe der EZB und Eurobonds nicht aufgeschoben und die Gläubigerstaaten innerhalb der EWU, allen voran Deutschland, zu massiven Lohnerhöhungen und einer expansiven Fiskalpolitik bewegt werden, um deren Binnenkonjunktur stark anzukurbeln? Dann hätten die Krisenstaaten eine Chance, die so dringend benötigten positiven Impulse von außen zu erhalten und endlich ihre Außenhandelsdefizite in Überschüsse zu verwandeln. Erst dann können sie ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den EWU-Gläubigerstaaten wiederherstellen, ohne in Deflation und Depression zu versinken.

Auf solche Impulse von außerhalb Europas zu setzen, ist naiv: Die USA sind an einem Abbau ihres Außenhandelsdefizits interessiert; Japan steckt selbst in der Deflationsfalle und will daher Außenhandelsüberschüsse behalten; China stellt seine Nettoexportorientierung erst allmählich um und ist weit davon entfernt, sich dauerhaft auf Nettoimporte in spürbarer Größenordnung einzulassen. Da es zwischen der EWU und dem Rest der Welt den Euro-Wechselkurs gibt, kann sich die EWU über die Interessen des Rests der Welt auch nicht so

einfach hinwegsetzen, wie Deutschland das mit seinen Währungspartnern in Südeuropa tun zu können glaubte.

Der Grund für die Weigerung der Herrschenden, die Wirtschaftspolitik vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen, liegt auf ideologischem Gebiet. Jahrelang wurden im Kern folgende Botschaften gepredigt: 1. das Gürtel-enger-Schnallen der Lohnempfänger, also das Zurückbleiben der realen Stundenlöhne hinter der Stundenproduktivität, sei der Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen (Deutschland mit seinen Exportüberschüssen und seiner rückläufigen Arbeitslosenquote schien in den letzten 6 Jahren dafür den besten Beleg zu liefern), 2. die »Flexibilisierung« der Arbeitsmärkte (größtenteils gleichzusetzen mit der Ausbeutung und Verunsicherung der von abhängiger Arbeit Lebenden) biete die richtigen Leistungsanreize vor allem für gering Qualifizierte (wiederum wurde Deutschland für die Richtigkeit dieser Behauptung herangezogen, denn hier wuchs die Beschäftigung im Niedriglohnssektor überdurchschnittlich), 3. das Kapital müsse nur so frei wie möglich international fließen können, dann stellten sich die rentabelsten Sachinvestitionen ganz von selbst ein (Südeuropa wurde bis 2008 dafür als empirischer Beleg herangezogen, heute beklagen die gleichen »Experten« die Fehleinschätzung von Risiken durch Kapitalanleger), 4. spekulative Preisentwicklungen wirkten letztlich immer stabilisierend und bräuchten daher keine ordnungspolitische Beschränkung (dieser Irrglaube verhindert bis heute, dass etwa das Investmentbanking vom herkömmlichen Bankgeschäft getrennt und mit hohen Eigenkapitalanforderungen belegt wird), 5. jeder Staat drohe auszuufern zu Lasten des privaten Sektors und müsse sich daher der Kontrolle durch die internationalen Kapitalmärkte und dem Standortwettbewerb der Nationen stellen (so der Konsens der Ton angehenden Wirtschaftswissenschaftler etwa auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 1996).

Wer sich hinter diese Botschaften gestellt hat, tut sich schwer auf einmal einzugestehen, dass er theoretisch wie empirisch vollkommen falsch gelegen hat. Da scheint es viel ge-

sichtswahrender zu sein, auf Korruption und Ineffizienzen in der griechischen Verwaltung hinzuweisen, Spaniern exzessiven Konsum aufgrund einer Immobilienpreisblase oder Italienern jahrelangen wirtschaftspolitischen Stillstand vorzuhalten statt die Ursache der Eurokrise, die Leistungsbilanzungleichgewichte, zu analysieren. Dann käme nämlich an den Tag, dass Deutschland mit seinem Lohndumping gegen das gemeinsame Inflationsziel der EWU von 2% stärker (nach unten) verstoßen hat als alle Südeuropäer, die darüber lagen. Dann wäre offensichtlich, dass nur eine Umkehrung der Inflationsraten mittels lohnpolitischer Koordination auf europäischer Ebene einen realistischen Ausweg aus der Krise darstellt, an dessen Ende der Euro weiter existiert.

Die Bevölkerung spürt von Tag zu Tag klarer, wie orientierungslos die politische Führung Europas durch diese Krise stolpert. Der Aufstieg der Piratenpartei in Deutschland ist ein deutliches Symptom nach dem Motto »Wenn die da oben dauernd Schlingerkurs fahren dank Ahnungslosigkeit, wie aus der Krise herauszufinden ist, dann reden wir lieber selbst jeden Tag mit, wohin die Reise gehen soll«. Auch der Rechtsruck, der sich seit gut zwei Jahren in den Wahlen in europäischen Ländern niederschlägt, stellt eine klare Warnung dar. Die Zeit, das Drama der »Never Ending European Crisis« abzusetzen, bevor Bühne und Zuschauerraum in Flammen stehen, wird knapp. Wann wird endlich das Stück »Der Sprung über den ideologischen Schatten« auf den Spielplan gesetzt? 🇪🇺

**FRIEDERIKE SPIECKER**

ist freie Wirtschaftspublizistin und als wirtschaftspolitische Beraterin für Parteien, Gewerkschaften und Verbände in Deutschland tätig.



# Besetzt!



ARENA-THEATER, 1976

FOTO: BURGI UND PETER HIRSCH / SAMMLUNG WIEN MUSEUM

# Krisengipfel gegen die Krise

**Europa und der** Euroraum stecken in einer tiefen Krise. Und das nun schon seit mehreren Jahren. Wolfgang Moitzi analysiert Probleme der Krisendeutung innerhalb der Sozialdemokratie und zeigt entsprechende Auswege für eine Krisenlösungsstrategie auf.

**D**ie Bilanz für Europas Sozialdemokratie ist nicht gerade rosig: in Deutschland trotz linker Mehrheit Wegbereiter eines ausufernden Niedriglohnssektors – mittels Schröderscher »Reformagenda« wurden jene Schritte realisiert, die sich die konservativ-liberale Kohl-Regierung nicht umzusetzen traute –; ein Vorsitzender der Sozialistischen Internationale als Exekutor der krisenverschlimmernden Rezepte der »Troika« in Griechenland, ein sozialistischer Ministerpräsident betreibt den größten Sozialabbau seit Bestehen der Demokratie; Sparpakete und Kürzungen, soweit das Auge reicht – auch in Österreich. Sozialdemokratische Gegenkonzepte? Weit gefehlt. Vor diesem Hintergrund hat die Sozialistische Jugend Österreich Ende März zu einem »Krisengipfel« in das Bruno Kreisky Forum geladen – mit dem Ziel, ausführlich die Ursachen der Krise, ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung in Österreich und Europa und vor allem politische Gegenkonzepte zu den derzeit herrschenden Krisenbewältigungsstrategien der Europäischen Union zu diskutieren.

## **POLITISCHE DEUTUNGSHOHEIT VERLOREN**

Eingangs muss festgestellt werden, dass im politischen als auch im medialen Diskurs die aktuelle Wirtschaftskrise eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen hat: Ausgehend von der Krise des US-Immobilienmarkts (»Subprime-Krise«) 2008 habe die Krise bald die gesamte finanzmarktgetriebene Wirtschaft erfasst (»Finanzkrise«) und schließlich auf die produzierende Wirtschaft durchgeschlagen (»Wirtschaftskrise«). Letztlich wurde sie über den Umweg der fiskalpolitischen Irrungen (»Euro-Krise«) zur Krise einzelstaatlicher Investitionspolitik umgedeutet (»Staatsschulden-Krise«). Das politische Ergebnis dieser Umdeutung zeigt sich nun in der Krisenbewältigungs-

strategie der EU à la Fiskalpakt. Aufgrund einer völlig falschen Problemanalyse wurde auf eine völlig falsche Rezeptur gesetzt, die zur Verschlimmerung der Krise führt – mit auch schon historisch bekannten möglichen politischen Folgen. Denn allein die fehlende Zählung der Finanzmärkte und vor allem die auf massives staatliches Sparen ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die den südlichen Euro-Krisenländern durch die nördlichen Gläubigerländer mehr oder weniger diktiert wird, erinnert stark an die Politik der 1930er Jahre.

Schon damals führte die politisch zugelassene Verelendung ganzer Völker unter dem Druck der Finanzmärkte – wie sie jetzt etwa schon in Griechenland deutlich zu sehen ist – erstens nicht aus der Wirtschaftskrise und zweitens in die politische Radikalisierung, das Aufkommen des Faschismus. Daher ist es für das politische Überleben der Sozialdemokratie und der gesamten demokratischen Linken unentbehrlich, die politische Deutungshoheit zurückzugewinnen. Der erste Schritt dahin ist, sich die wirklichen Krisenursachen bewusst vor Augen zu führen.

## **MYTHOS DER STAATSSCHULDEN ALS URSACHE**

In den aufgeblähten Finanzmärkten – welche durch die zunehmende Ungleichverteilung von Vermögen und die gleichzeitige steigende Verschuldung des privaten Sektors befeuert wurden – und dem überbordenden Handel mit Derivaten und anderen risikoreichen Finanzprodukten kommt eine krisenhafte Entwicklung des Wirtschaftssystems insgesamt zum Ausdruck. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist eine schwerwiegende strukturelle Krise. Ihre Ursachen und die damit zusammenhängenden ökonomischen und politischen Folgen sind in der kapitalistischen Ökonomie begründet. Überakkumulation

## KRISENGIPFEL

Am 24. 03. 2012 fand im Bruno Kreisky Forum der Krisengipfel der Sozialistischen Jugend statt. Das Programm des Krisengipfel reichte von der Frage der Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als Mitursache der Krise (Bettina Csoka), über Wege aus der Staatsverschuldung (Helene Schuberth), die Rolle Deutschlands in der Euro-Krise (Friederike Spieker), ökonomische Ungleichgewichte (Elisabeth Springler) bis hin zur grassierenden (Jugend-)Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas (Jörg Flecker).

von Kapital ohne Investitionsmöglichkeiten in die produzierende Wirtschaft aufgrund von Sättigungen der Absatzmärkte (mit den entsprechenden Überproduktionseffekten) erklärt die massive Flucht des Kapitals in die fiktive Welt der Finanzmärkte und die »Entladung« in der Finanzkrise. Die vielfach als Hauptgrund der Krise ausgemachten Staatsschulden sind erst im Zuge der Krisenbewältigung (Bankenrettung etc.) gestiegen und nicht die Folge falscher Fiskalpolitik. Vielmehr zu beachten ist die Entwicklung der Lohnquote und die Auslandsschulden.

## UNGLEICHGEWICHTE IM EURORAUM BEHEBEN

Eine nüchterne Analyse ergibt eben, dass es sich bei der Euro-Krise nicht um eine Staatsschulden-, sondern um eine Auslandsschuldenkrise handelt. Das zentrale Problem der Krisenländer sind die in den letzten Jahren stark gestiegenen Defizite und Schulden ganzer Volkswirtschaften gegenüber dem Ausland. Nur im Fall Griechenlands waren diese Defizite in den Jahren vor der Krise wesentlich durch die Defizite des Staates begründet. In anderen »Krisenländern« wie Irland oder Spanien haben die Auslandsschulden vor allem wegen der privaten Defizite von Haushalten und Unternehmen zugenommen. Beide Länder haben die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts systematisch eingehalten und ihre staatlichen Schuldenquoten sogar reduziert, trotzdem sind sie heute hart von der Euro-Krise getroffen. Der Grund liegt in der zunehmenden Überschuldung des privaten Sektors.

Doch wo auf der einen Seite ein SchuldnerIn, ist auf der anderen Seite ein GläubigerIn: Die Exportorientierung Deutschlands ist Folge der stagnierenden Lohnentwicklung und damit auch sinkender Absatzmärkte und Kaufkraft im Inland. Exportgetriebene Aufschwünge einzelner Staaten gehen aber naturgemäß auf Kosten jener Länder, die zu überbordenden Importen und damit auch zur Aufnahme hoher Staatsschulden gezwungen sind. Soll der Euroraum weiterhin Bestand haben, führt an der Reduzierung der Leistungsbilanzungleichgewichte kein Weg vorbei, damit auch an einer

Angleichung der Preisniveaus – doch nicht, wie im Fiskalpakt, durch eine Deflation über Lohn- und Rentenkürzungen, die, wie oben angeführt, wirtschaftlich in die Rezession und politisch in den Abgrund führen, sondern auf nicht-deflationärem Weg. Dies würde ein Einlenken der Überschussländer, vor allem Deutschlands, erfordern. Höhere Inflationsraten müssten in Kauf genommen und vor allem eine offensive Lohnpolitik betrieben werden.

Doch die traurige Realität ist, dass allorts Ausgabenkürzungen bei Beschäftigung, Bildung, Sozialem und allgemein der öffentlichen Daseinsvorsorge vorgenommen werden und kein Umdenken der Überschussländer erkennbar ist. Staatliche Sparprogramme in allen Ländern des Euroraums erhöhen schon jetzt die soziale Ungleichheit und verstärken die gesellschaftliche Spaltung.

Deswegen muss die Antwort auf die Krise sein, wieder die Masse der Bevölkerung, nicht die Finanzmärkte, in den Vordergrund der Politik zu stellen. Wir brauchen eine europäische Politik, die koordiniert und solidarisch die Probleme des Euroraums angeht. Konkrete Vorschläge: Festlegung von Mindestanforderungen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn (orientiert am jeweiligen nationalen Durchschnittslohn), sowie für verschiedene Steuersätze, insbesondere auf hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne. Dem ruinösen innereuropäischen Steuerwettlauf muss der Riegel vorgeschoben werden.

## ZEITBOMBE (JUGEND-)ARBEITSLOSIGKEIT

Während im politischen und medialen Diskurs täglich die Staatsschulden im Zentrum stehen, bekommt die Problematik der rasch steigenden Jugendarbeitslosigkeit kaum Aufmerksamkeit. Derzeit beträgt die Jugendarbeitslosigkeitsquote in der Europäischen Union schon unglaubliche 21,4%. In absoluten Zahlen: Rund 5,5 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren stehen ohne Job und damit ohne Perspektive auf eine (bessere) Zukunft da. Auch in Österreich


sind bereits 75.000 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen. Gleichzeitig ist neben diesem dramatischen Anstieg auch die sinkende Qualität der Arbeit erschreckend.

Die Krise wurde von den UnternehmerInnen genützt, um die Arbeitsbedingungen weiter zu verschärfen. Prekarisierung von Arbeit und die damit einhergehenden Unsicherheiten sind weiter gestiegen. Unsichere Arbeitsverhältnisse – in Form von Befristung, Werk- oder freien Dienstverträgen – haben vor allem am Beginn des Arbeitslebens zugenommen. Das größte Problem stellt dabei die Leiharbeit dar. Nachdem am Beginn der Wirtschaftskrise ca. 30.000 LeiharbeiterInnen sofort ihren Job verloren haben, ist ihre Zahl seither sogar über das Niveau vor der Krise angestiegen. Eine europaweite Initiative für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist höchst an der Zeit, damit die bestehende Arbeit gerechter verteilt wird und die Lohnquote endlich wieder steigt. Aber auch vor allem der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen würde sich stabilisierend auswirken und gleichzeitig soziale Ungleichheiten – vor allem für Frauen – reduzieren.

### FISKALPAKT NEU VERHANDELN

Den jetzt beschlossenen Fiskalpakt mit Schuldenbremsen und ausgabenseitigen Konsolidierungen innerhalb der EU lehnen wir strikt ab. Vielmehr muss das Ziel sein, Vermögende über Substanzsteuern und Zwangsanleihen mit langer Laufzeit und geringer Verzinsung zur Refinanzierung der staatlichen Budgets heranzuziehen und damit die Finanzierungsprobleme der Staaten zu lösen.

Wie wirkungslos das jetzige Vorgehen ist, zeigen ja auch Entwicklungen in Österreich auf: Die Große Koalition hat mit der Ankündigung einer »Schuldenbremse« versucht, die Märkte zu beruhigen – erreicht wurde das Gegenteil. Die Bestnote war nicht nur nicht zu halten, sie wurde eben exakt wegen der rigiden Sparpläne, die Wachstum behindern und Beschäftigung verringern, verloren. Die SPÖ-Spitze hat daraus aber keineswegs die richtigen Schlüsse gezogen, ver-

tritt immer noch einmütig mit der ÖVP die Forderung nach einer »Schuldenbremse« und vollzieht damit einmal mehr neoliberale Gedankengänge mit. Nur durch eine Absenkung der Staatsausgaben und Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Infrastrukturbereich seien angeblich die »Handlungsspielräume« wiederzuerlangen. Die SJ hat die »Schuldenbremse« (egal ob auf einzelgesetzlicher oder – noch gravierender – auf verfassungsrechtlicher Ebene) immer scharf kritisiert. Der rigiden Sparlogik der ÖVP müsste die Sozialdemokratie mehr entgegenzusetzen als ein »Ja, aber...«, sie darf sich keinesfalls auf die neoliberalen Denkmuster einlassen, sondern muss sich das Geld dort holen, wo es ist: Bei den Vermögenden. 

**WOLFGANG MOITZI**

ist Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich.

# Darf Österreich israelische Politik kritisieren?

**A**nhand des österreichischen Stimmverhaltens im UN-Menschenrechtsrat ist Österreich von Israel und von manchen jüdischen Vertretern in Österreich heftig kritisiert worden. Daher die Frage.

Es steht gänzlich außer Zweifel, dass Österreicher am Massenmord und an der massenhaften Vertreibung von Juden aus Österreich, Deutschland und aus den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten überproportional beteiligt waren. Es ist auch eine historische Tatsache, dass die Judenverfolgung und die Praxis der Arisierung in Österreich und in Sonderheit in Wien mit besonderer Gehässigkeit betrieben worden sind. Dies alles soll nicht bestritten und ausdrücklich anerkannt werden.

Darüber hinaus ist Österreich nicht zuletzt aufgrund der genannten Tatsachen in besonderer Weise berufen, für ein sicheres Leben von Juden einzutreten – wo immer dieses Leben gelebt wird und natürlich auch in Israel. Ich kann auch nicht erkennen, dass das offizielle Österreich eine andere Position einnehme.


Bleibt die Frage, ob sich Österreich und ob sich österreichische Politiker auch eigene Gedanken dazu machen dürfen, was sinnvoller- und zweckmäßigerweise dazu getan bzw. unterlassen werden sollte. Und es sollte darüber hinaus unter Freunden auch möglich sein, bestimmtes Verhalten zu kritisieren.

In der Abstimmung im UN-Menschenrechtsrat ist es im Übrigen auch gar nicht um direkte Kritik an Israel gegangen, sondern um die Frage, ob eine Beobachtermission in das besetzte Westjordanland geschickt werden soll, um die israelische Siedlungspolitik vor Ort zu studieren. Ja, freilich, die Siedlungspolitik Israels ist nach Ansicht vieler Beobachter, die keineswegs lauter Antisemiten sind, eine nicht legitime Expansionspolitik in das besetzte Gebiet der Palästinenser. Und die Siedlungspolitik ist seit Jahren eines der Hindernisse für

aussichtsreiche Friedensgespräche zwischen Israel und den Palästinensern.

Gemessen an zahlreichen Resolutionen der Vereinten Nationen, gemessen aber auch an den Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern von Oslo kann die Siedlungspolitik Israels durchaus kritisiert werden, ohne dass deshalb das Existenzrecht oder das Recht auf ein sicheres Leben Israels infrage gestellt würden. Die Siedlungspolitik Israels wird auch vom engsten Verbündeten Israels, den USA, immer wieder kritisiert. Freilich: In den Vereinten Nationen blockieren die USA Verurteilungen Israels im Sicherheitsrat stets mit ihrem Veto.

Es ist auch kritisiert worden, dass der Menschenrechtsrat der UN nichts dringenderes zu tun habe, als Israel zu verurteilen, wo doch in nächster Nähe von Israel ungläubliche Brutalität gegen Zivilisten angewendet würde und auch andere Staaten im mittleren Osten durchaus ein näheres Hinsehen und auch Kritik verdient hätten. Auch diesen Hinweisen ist nicht zu widersprechen. Das Vorgehen Assads in Syrien kann nicht kritiklos hingenommen werden usw. Aber sind diese Tatsachen ein Freibrief für die israelische Siedlungspolitik, um bei dem Anlassfall zu bleiben?

Und: Darf auch Österreich die Siedlungspolitik Israels, israelische Politik kritisieren? 



\*ARENA BESETZT\*, 1976

FOTO: HEINZ RIEDLER / SAMMLUNG WIEN MUSEUM

# Besetzt!

## Kampf um Freiräume seit den 70ern

### Der Sommer 1976 ist heiß.

Mit der Besetzung der »Arena«, des ehemaligen Auslandschlachthofes in St. Marx, beginnt ein »Happening der 100 Tage«, das Wien aufrüttelt. Erstmals treten neue politische und gegenkulturelle Bewegungen in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit.

### Hier, jetzt und für alle!

»Die Arena-Besetzung war unser 1968«, erinnert sich eine Besetzerin, »ein anarchistischer Freiraum, der Energien und Fantasien freisetzte«. Gefordert wird ein selbstverwaltetes Kulturzentrum ohne Bevormundung, und zwar »Hier, jetzt und für alle!«. Die Konfrontation ist grundlegend, radikal werden die politischen Verhältnisse in Frage gestellt: Wem gehört die Stadt? Wer bestimmt? Was ist Kultur? In St. Marx werden über drei Monate lang Basisdemokratie und das Konzept einer offenen Gesellschaft erprobt, ehe das Experiment gestoppt und das Areal demoliert wird.

Die Ausstellung stellt Fragen nach den politischen Visionen und Erfolgen der BesetzerInnen verschiedener Generationen und ihres Anspruchs auf eine andere Stadt. Sie fragt nach der Aktualität der Forderungen und behandelt auch die Mühen ihrer praktischen Umsetzung, die Taktiken der Konfliktparteien sowie die Rolle der Medien.

### WIEN MUSEUM

Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern

12. April 2012 bis 12. August 2012

1040 Wien, Karlsplatz

Dienstag bis Sonntag & Feiertag, 10 bis 18 Uhr

► [www.wienmuseum.at](http://www.wienmuseum.at)

# *Fiskalpakt* – immerwährende Austerität, Demontage von Wohlfahrtsstaat und sozialen Rechten

Europa ist auf Austeritätskurs und droht in eine Rezession abzugleiten. Grund dafür ist nicht zuletzt die Krisenbekämpfung auf europäischer Ebene selbst. Elisabeth Klatzer und Christa Schlager zeigen die aktuellen Entwicklungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmenpakete auf europäischer Ebene im Detail auf und warnen vor den aktuell anstehenden Verschärfungen.

## **1** Einleitung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise führt vor Augen, dass eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordination auf europäischer Ebene dringend nötig wäre: Koordinierung der Steuerpolitik, um den Steuerwettlauf nach unten zu stoppen, effektive Regulierung der Finanzmärkte und Banken, koordinierte solidarische Lohn- und Budgetpolitik sowie Maßnahmen gegen die enorme Arbeitslosigkeit und Umverteilung angesichts der rasch wachsenden ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. In der gegenwärtigen Situation wären öffentliche Investitionen nötig, um aus der Krise herauszukommen.

Die vorgebliche Krisenbekämpfung auf europäischer Ebene ignoriert diese wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten jedoch und fokussiert praktisch ausschließlich auf ein einseitig ideologisches Programm der Austeritätspolitik mit Nulldefizit, Schuldenbremse und bürokratischen Überwachungsmechanismen, die der Kommission weitgehende Rechte einräumen, ihre neoliberalen Rezepte der Deregulierung und des Sozialabbaus (»Strukturreformen«) in den Mitgliedstaaten durchzusetzen. Nachdem mit dem Economic Governance Paket (»Six-Pack«) der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) bereits im Jahr 2011 verschärft wurde und Eingriffsrechte der Kommission in sensible wirtschaftspolitische Fragestellungen durch das neue Verfahren makroökonomischer Überwachung eingeführt wurden (vgl. Klatzer/Schlager 2011 und 2012a), sollen nunmehr diese Regelungen durch den Fiskalpakt und zwei europäische Verordnungen (»Two-Pack«) entscheidend verschärft – und auf eine neue Stufe gehoben – werden.

Wohin die Reise geht, hat unter anderem der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi<sup>1</sup> deutlich zum Ausdruck gebracht: Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell, »das auf Sicherheit der Arbeitsplätze setze und mit einem großzügigen sozialen Netz ausgestattet sei«, habe ausgedient<sup>2</sup>.

Der Fiskalpakt, präziser der Vertrag über »Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion« ist nicht nur wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, sondern gefährdet auch das europäische Einigungsprojekt. Er steht außerhalb der EU-Verträge und teilweise im Widerspruch dazu, höhlt die ohnehin schwache demokratische Legitimierung auf europäischer Ebene weiter aus und greift in die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente ein. Demokratische Entscheidungsprozesse werden zugunsten bürokratischer Überwachungsprozesse – ohne Rückbindung an parlamentarische Kontrollrechte – zurückgedrängt.

## **2. Die neuen Bausteine der neoliberalen Demontage des Wohlfahrtsstaates**

Anstatt eines breiten Diskussionsprozesses über nötige Weichenstellungen zur Bekämpfung der Krise wird abseits von der Öffentlichkeit eine neoliberale Reform nach der anderen möglichst diskret und in atemberaubender Eile durchgesetzt. Neben dem Fiskalpakt, der nach wenig mehr als einem Monat Verhandlungen am 30. Jänner 2012 finalisiert, als völkerrechtlicher Vertrag am 2. März 2012 von den Staats- und Regierungschefs von 25 EU-Staaten<sup>3</sup> unterzeichnet wurde und nunmehr den nationalen Parlamenten zur Ratifikation vor-



1. Es ist nicht zu vergessen, dass Mario Draghi als ehemaligem Managing Director von Goldman Sachs International (<http://www.independent.co.uk/news/business/analysis-and-features/what-price-the-new-democracy-goldman-sachs-conquers-europe-6264091.html>) die Interessen der Finanzindustrie nahe liegen.
2. »Draghi spricht sich für harte Linie bei Sparkurs aus«, Wall Street Journal, Interview am 23.2.2011, <http://www.wallstreetjournal.de/article/SB10001424052970203960804577241072437312152.html>
3. Großbritannien und Tschechien haben sich geweigert, sich an diesem Vertrag zu beteiligen.
4. Zur Problematik des Konzepts des strukturellen Defizits vgl. Marterbauer 2012: 12f.
5. Der Vertrag umfasst auch folgende Bestimmung: »Dieser Korrekturmechanismus wahrt uneingeschränkt die Vorrechte der nationalen Parlamente.«
6. Wenn die Kommission der Auffassung ist, dass ein Staat die Schuldenbremse und den Korrekturmechanismus unzureichend umgesetzt hat, verpflichten sich die Vertragsparteien die Sache vor den EuGH zu bringen. Dieser Modus wird als unzulässige Uminterpretation des Artikel 273 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union angesehen. Siehe dazu die von Prof. Paul Craig und führenden österreichischen Europarechtlern im Rahmen einer Veranstaltung am 27.2.2012 im Juridikum, Wien, vertretene Auffassung.
7. In Irland wird es eine Volksabstimmung über den Fiskalpakt geben.
8. Zusätzlich wird gemäß Fiskalvertrag die Einleitung eines übermäßigen Defizitverfahrens entscheidend erleichtert, da sich die Staaten – in einem dem EU-Recht widersprechenden Entscheidungsmodus – verpflichten, der Meinung der Kommission zur Einleitung des Verfahrens zuzustimmen, sofern nicht klar ist, dass eine qualifizierte Mehrheit dagegen ist.

liegt, verdienen auch zwei neue Verordnungsentwürfe der EK zur Economic Governance als Teil der neoliberalen Demontage des Wohlfahrtsstaates verstärkte Aufmerksamkeit. Im Folgenden werden kurz die wesentlichen Inhalte skizziert und die problematischen Aspekte der Regelungen beleuchtet.

### 2.1. Fiskalpakt: Entdemokratisierung und immerwährende Austerität

Nach den Veränderungen der Economic Governance in der EU wird mit dem »Fiskalpakt« ein entscheidender Schritt zur Verstärkung der Austeritätspolitik gesetzt. Der rechtlich außerhalb der EU angesiedelte völkerrechtliche Vertrag verpflichtet zu permanenten gesamtstaatlichen Nulldefiziten (ausgeglichen oder Überschuss aufweisend, mit einem maximalen strukturellen Defizit von 0,5 % – Artikel 3<sup>4</sup>), zum Abbau des Schuldenstandes unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung und zur Einführung einer Schuldenbremse in Verfassungsrang (oder vergleichbar). Ein automatischer Korrekturmechanismus soll Abweichungen vom Ziel des ausgeglichenen Haushaltes korrigieren. Wie dieser Korrekturmechanismus<sup>5</sup> auszusehen hat, bestimmt die EK, die die »Grundsätze« insbesondere hinsichtlich »Art, Umfang und zeitlichen Rahmen der zu treffenden Korrekturmaßnahmen« (Artikel 3 Absatz 2) festlegen wird. Diese bislang unbekanntem Vorgaben der EK müssen von den Vertragspartnern – innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten – in nationales (Verfassungs-)Recht gegossen werden. Diese Bestimmung ist insofern brisant und hebt das Parlament aus, da sie die Staaten vertraglich verpflichtet, einschneidende Eingriffe in die budgetäre Hoheit des Parlamentes (Automatismen bezüglich Einnahmen- und Ausgabenpolitik sollen diskretionäre Entscheidungen ersetzen) nach den Vorstellungen der Kommission umzusetzen, ohne derzeit zu wissen, welche Vorgaben für die Änderung des nationalen Budgetrechts die Kommission vorschlagen wird.

Weiters verpflichten sich die Staaten, eine unabhängige nationale Institution einzurichten, die die Einhaltung des permanenten Nulldefizits überwacht. Wiederum wird der

Kommission die Macht übertragen, »Grundsätze« hinsichtlich »Rolle und Unabhängigkeit der auf nationaler Ebene für die Überwachung [...] zuständigen Institution« festzulegen (Artikel 3 Absatz 2), die dann von den nationalen Parlamenten abzusegnen sein werden. In beiden Fällen wird die Umsetzung des Willens der EK und der Vertragsbestimmungen vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) überprüft (Artikel 8), der die Nichtumsetzung seines Urteils mit einem Zwangsgeld in der Höhe von bis zu 0,1 % des BIP sanktionieren kann. Die Anrufung des EuGH erfolgt in einem Verfahren, das nach Auffassung führender Europarechtler dem EU-Vertrag widerspricht<sup>6</sup>.

Wegen der Eingriffe ins Budgetrecht benötigt die Ratifikation des Vertrages in Deutschland eine Zweidrittelmehrheit. In Österreich wäre die Rechtslage wohl vergleichbar, der Fahrplan der Regierung sieht allerdings eine Abstimmung mit einfacher Mehrheit im Parlament vor. Die Sachlage wird im österreichischen Parlament derzeit noch geprüft<sup>7</sup>.

Die Reformverantwortung wird an Brüssel abgegeben: Der Vertrag verpflichtet die Staaten, jährlich die »Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme« mit detaillierten Beschreibungen der Strukturreformen und Maßnahmen zur wirksamen und dauerhaften Korrektur der Defizite vorzulegen. Dies betrifft alle Staaten, die im übermäßigen Defizitverfahren sind. Österreich wäre damit wie fast alle Mitgliedstaaten davon betroffen<sup>8</sup>. Die jeweiligen Programme müssen gemäß Fiskalvertrag von der EK und dem Ecofin (Rat der FinanzministerInnen) genehmigt (!) werden. Damit werden wesentliche Entscheidungen über die nationale Wirtschafts- und Budgetpolitik an die Europäische Kommission und den Ecofin abgegeben.

Abgesehen von den hier skizzierten Regelungen enthält der Vertrag Bestimmungen für eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und das reibungslose Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion fördert sowie zur langfristigen Tragfähig-

keit der öffentlichen Finanzen beiträgt. Sie verpflichten sich, dass alle »größeren wirtschaftspolitischen Reformen vorab« gemeinsam gesprochen und gegebenenfalls koordiniert werden. Weiters sind regelmäßige Euro-Gipfel vorgesehen, wobei vertraglich festgelegt ist, dass dazu auch der EZB-Präsident eingeladen wird, wobei dem Europäischen Parlament keine vergleichbaren Rechte zugesichert werden.

## 2.2. Two-Pack: weitere Maßnahmen zur Verschärfung des Austeritätskurses

Die »stille neoliberale Revolution« (Klatzer/Schlager 2011) schreitet immer weiter voran. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die Europäische Kommission am 23. November 2011 mit zwei neuen Verordnungsvorschlägen weitere Verschärfungen des Austeritätskurses, der de facto einen Zwang zum Abbau des öffentlichen Sektors darstellt, vorgelegt. Wiewohl der Fiskalpakt im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, sind auch die beiden Verordnungsentwürfe von Brisanz:

- Gemeinsame Bestimmungen für die Überwachung und Bewertung der Übersichten über die gesamtstaatliche Haushaltsplanung und für die Gewährleistung der Korrektur übermäßiger Defizite der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet<sup>9</sup>
- Ausbau der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung von Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität im Euro-Währungsgebiet betroffen oder bedroht sind<sup>10</sup>

Deklariertes Ziel ist eine weitere Verstärkung der Überwachungsmechanismen in der Eurozone. Teilweise werden Bestimmungen des Fiskalpaktes übernommen, teilweise gehen die Regelungen aber darüber hinaus.

Der Verordnungsentwurf zur Überwachung der Haushaltspolitik der Eurostaaten enthält weitere Eingriffe in die nationale Budgetpolitik: So sind alle Eurostaaten zur Einrichtung eines unabhängigen Rates für Finanzpolitik für die

Überwachung eines ausgeglichenen Haushaltes (»Nulldefizites«) verpflichtet (Artikel 4, VO 2011/0386). Die Euroländer haben ihre Budgetentwürfe bis 15. Oktober der Kommission – u.U. bevor diese dem nationalen Parlament zugehen – vorzulegen, gemeinsam mit einer detailreichen Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen. »Großzügige« Ausnahmen sind vorgesehen: Für Maßnahmen, deren Auswirkungen auf den Haushalt weniger als 0,1% des BIP ausmachen, »darf die Beschreibung weniger ausführlich sein« (Artikel 5 Absatz 3d). Die EK hat das Recht diese zu bewerten und auch Änderungen zu verlangen.

Damit werden der EK entscheidende Eingriffe in die nationale Budgetpolitik gegeben. Im Falle einer nicht zufriedenstellenden Berücksichtigung der budgetpolitischen »Diktate« der EK drohen den MS – nach der bereits beschlossenen Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Strafzahlungen. Bemerkenswert ist auch, dass hier der EK die alleinige Entscheidung zukommt, während im Rahmen der SWP-Verfahren EK und Rat entscheiden.

Für MS, die Finanzhilfe erhalten oder von gravierenden Schwierigkeiten betroffen oder bedroht sind, gehen die Eingriffe noch weiter: Sie werden gemäß Verordnungsvorschlag einem strikten Überwachungsmechanismus durch Kommission und EZB unterworfen und unterliegen rigiden Anpassungsprogrammen. Gemäß Vorschlägen der EK hat der Rat (bzw. der Wirtschafts- und Finanzausschuss, ein technisches Vorbereitungsgremium des Rates) Informationsrechte. Das Europäische Parlament hat nicht einmal diese, sondern kann nur »zur Aussprache« einladen.

Diese Vorschläge werden derzeit im EP behandelt, die Berichterstatterin Elisa Ferreira (S&D) will mehr Kompetenzen der EK auf nationale Haushaltspläne durch erweiterte parlamentarischen Rechte ergänzt sehen und verschuldeten Staaten mehr Spielraum für Investitionen in Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze gewähren (Europäisches Parlament 2012a).

9. Verordnungsvorschlag COM (2011) 0385
10. Verordnungsvorschlag COM (2011) 0386

Bereits im Mai sollen beide Gesetzesvorschläge im Wirtschaftsausschuss des EP abgestimmt werden, Verhandlungen mit dem Rat sollen bis Juni 2012 abgeschlossen werden.

### 3. Gefährliche Einzementierungen:

#### **Dreifacher Angriff auf das europäische Projekt**

Der Vertrag über »Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion« ist ein massiver Angriff auf einen demokratischen europäischen Integrationsweg, mit dem das mühsam aufgebaute Einigungswerk rechtlich, politisch und wirtschaftlich gefährdet wird (Klatzer 2012: 39).

#### **3.1. Der direkte Weg in die prolongierte Rezession**

Auch ökonomisch ist dieser Weg der automatisierten, europaweit synchronisierten Sparpolitik desaströs. Sogar der IWF warnt davor, Europa mit dieser Politik in eine jahrelange Rezession zu treiben. Was notwendig wäre, um aus der Krise herauszukommen, wird nicht erledigt – etwa eine koordinierte Steuerpolitik, um den Steuerwettbewerb bei Vermögen und Kapital nach unten zu stoppen oder eine effektive Regulierung der Finanzmärkte. Dafür wird das, was entbehrlich ist, und vor allem eine gedeihliche europäische behindert, umso »effizienter« durchexerziert.

Für die Schiefelage und damit Unbrauchbarkeit der europäischen Wirtschaftspolitik bräuchte es eigentlich keine wissenschaftliche Evidenz mehr. Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Die soziale Lage verschlechtert sich im Jahr fünf nach Ausbruch der Krise beständig. Im Euroraum lag die Arbeitslosenquote im Februar 2012 bei 10,8%, im Februar 2011 hatte sie 10,0% betragen, das entspricht einer Zunahme in der Zahl der Arbeitslosen um 1,5 Millionen Menschen (vgl. Eurostat 2012a). Ähnliche Entwicklungen sind in der EU27 mit einer Arbeitslosenquote von 10,2% im Februar 2012 und einer Zunahme um 1,9 Millionen Menschen bemerkbar – ein Jahr zuvor hatte sie 9,5% betragen. Eurostat schätzt, dass im Februar 2012 in der EU27 insgesamt 24,5 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 17,1 Millionen im Eu-

rorraum. Achtzehn Mitgliedstaaten meldeten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die höchste Arbeitslosigkeit ist in Irland (14,7%), Portugal (15%), Spanien (23,6%) und Griechenland (21,0% im Dezember 2011) zu verzeichnen.

Besonders dramatisch entwickelt sich die Jugendarbeitslosigkeit: Im Februar 2012 waren in der EU27 5,5 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos (22,4%), davon 3,3 Millionen im Euroraum (21,6%). Gegenüber Februar 2011 stieg die Zahl in der EU27 und im Euroraum weiter an. Die höchsten Quoten vermelden Portugal (35,4%), Spanien (50,5%) und Griechenland (50,4% im Dezember 2011). In acht Mitgliedstaaten waren über ein Viertel der jungen Menschen arbeitslos!

Vor der Krise, im Jahr 2007, waren hingegen »lediglich« 16 Mio. Menschen in der EU 27 arbeitslos gewesen (vgl. Eurostat 2012c). Die Arbeitslosigkeit hat sich damit in der EU um über 50% seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht! Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt über 40% und ist gegenüber den vor zwei Jahren verzeichneten 30% um ein Drittel gestiegen. Und in den wenigen Ländern, für die Einkommensangaben, die die Wirtschaftskrise widerspiegeln, bereits vorliegen, sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich gesunken. Darüber hinaus gibt es einige Hinweise darauf, dass sowohl Einkommensarmut, insbesondere Kinderarmut, als auch eine gravierende materielle Deprivation in mehreren Mitgliedstaaten eine zunehmende Herausforderung darstellen. (Europäische Kommission 2012, 15ff). Doch diese Entwicklungen finden nicht die Aufmerksamkeit der europäischen Politik.

Aber auch hinsichtlich des wirtschaftlichen Wachstums fruchtet der Austeritätskurs nicht. In den »Krisenstaaten« gelingt trotz enormer Anstrengungen die wirtschaftliche Trendwende nicht. Die Wirtschaftsprognose für die EU27 liegt 2012 bei 0% Realwachstum, der Euroraum wird wahrscheinlich sogar um 0,3% schrumpfen. Griechenland wird das fünfte

Jahr in Folge schrumpfen, für Portugal wird der schlimmste Wert (-3,3 %) seit Ausbruch der Krise prognostiziert, Italien, Spanien, die Niederlande werden ebenfalls schrumpfen, kein Euroland erreicht 2012 die Wachstumsrate der USA (1,3 %) (Eurostat 2012b). Sogar Deutschland befindet sich mit einem minimalen Wachstum von 0,3 % im Jahr 2012 in der Stagnation. Der Euroraum als Ganzes steckt in einer hartnäckigen Rezession (IMK 2012b, 1).

Während bei Griechenland immer eine mangelnde Umsetzung der Reformmaßnahmen ins Treffen geführt wird, geht es anderen Staaten nicht besser: Portugal hat trotz Umsetzung von 110 der vorgeschriebenen 120 Reformpunkte die bisher schlechteste ökonomische Situation seit Beginn der Krise. Auch Spanien kann trotz dem größten Sparpaket in der jüngeren Geschichte des Landes keine positiven wirtschaftlichen Aussichten aufweisen und bezahlt Rekordzinsen auf den Finanzmärkten. Europa wird kaputt gespart, davor warnen immer mehr Stimmen, darunter die beiden Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Paul Krugman.

Die Auswirkungen der Fiskalstrategie wurden in einer aktuellen Studie des IMK (Düsseldorf), OFCE (Paris) und WIFO (Wien) untersucht (IMK 2012a). Grundannahme ist, dass mit dem Inkrafttreten des Fiskalvertrags bereits die Schuldenregel zur Anwendung käme, und das Ziel eines strukturellen Defizits von höchstens 0,5 % des BIP bis 2016 erreicht werden soll (analog zur deutschen Schuldenbremse). Simulationen der mittelfristigen Entwicklung in der EU und im Euroraum zeigen, dass synchrone Anpassungsprogramme, die primär auf der Angebotsseite ansetzen, die Kluft innerhalb des Euroraums zwischen den Mitgliedsländern in Südeuropa und Mittel- und Nordeuropa (u. a. Deutschland und Österreich) vertiefen.

In den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern würde sich die wirtschaftliche Lage weiter deutlich verschlechtern und die Ungleichgewichte im Euroraum weiter ansteigen. Die rigiden Sparpakete verschärfen in den Krisen-

staaten den Nachfrageausfall, der entscheidender Motor der wirtschaftlichen Entwicklung war. Die Arbeitslosigkeit in der EU würde auf 12 % ansteigen. Um einen Ausweg aus der Krise zu finden, müsste eine Änderung der Wirtschaftspolitik stattfinden und auch eine expansive Nachfragepolitik wieder Teil der wirtschaftspolitischen Agenda in Europa werden (IMK 2012a 1ff).

Auch legt die Modellsimulation des IMK-Papiers die fundamentalen Konstruktionsfehler des Schuldenkriteriums im EU-Fiskalpakt frei. Die intendierten Ziele werden nicht erreicht. Denn die praktizierte Sparpolitik kann die Staatsschuldenquoten gar nicht senken. Im Gegensatz zum Defizitkriterium wird nicht differenziert zwischen der aus konjunkturellen Gründen akkumulierten Staatsschuld und der aus anderen (»strukturellen«) Gründen entstandenen Staatsschuld. Wenn daher eine synchrone Sparpolitik eine Rezession verursacht und die (negative) Outputlücke ausweitet, so geht zwar das strukturelle Defizit zurück. Das Gesamtdefizit lässt aber den Schuldenstand weiter steigen und erzwingt nach dem Schuldenkriterium eine Fortsetzung des Sparkurses. Die Kürzungen der Staatsausgaben verschärfen die Rezession, beeinträchtigen die Steuereinnahmen und verhindern, dass Budgetziele erreicht werden können (Marterbauer 2012: 13).

### 3.2. Demokratiepölitisches Desaster

Den Fiskalpakt als völkerechtlichen Vertrag zu gestalten und gleichzeitig direkt europarechtlich relevante Materien zu regeln bzw. auf europäische Institutionen zurückzugreifen, stellt eine Umgehung des Europarechts dar. Die »Flucht aus dem Europarecht [...] ist aus rechtsstaatlicher Perspektive äußerst problematisch« (Oberndorfer 2012, 10). Es werden damit nicht nur EP und nationale Parlamente von der Mitgestaltung der Vertragsbestimmungen ausgeschlossen, sondern auch »die ohnehin zu gering ausgebildeten demokratischen und rechtlichen Sicherungsgarantien des Europarechts umgangen« (ebd.). Auch der Leiter der öVP-Delegation im EU-Parlament, Othmar Karas, sieht im Fiskalpakt »einen unverfrorenen Akt

gegen die parlamentarische Mitbestimmung«: »Der Rat will den normalen Entscheidungsmechanismus in der EU außer Kraft setzen.«<sup>11</sup>

Der deutsche Europarechtler Andreas Fisahn erachtet die Genehmigungspflicht der »Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme« durch Ecofin und Kommission als von zentraler demokratiepolitischer Relevanz. Damit verlieren die nationalen Parlamente – mittelbar – das letzte Wort in Sachen Haushaltspolitik. Zwar haben die Staaten »nur« Programme und nicht das Budget selbst vorzulegen. Aber das Budget selbst wird sich an den genehmigten Programmen, die sehr detailliert vorgelegt werden müssen, orientieren müssen und darf wohl nicht im Widerspruch zu den Vorschlägen der EK stehen (vgl. Fisahn 2012: 6). Damit wird das Königsrecht des Parlaments, das Budgetrecht, zweifach radikal beschnitten: einerseits durch den Zwang zur Einrichtung automatischer Korrektur- (bzw. besser gesagt »Austeritäts-) Mechanismen und andererseits durch die vorab Vorlage- und Genehmigungspflicht durch EK und Rat.

### **3.3. Europarechtswidrige Vorgehensweise: Aushebelung der EU-Verträge**

Europarechtlich ist der Vertrag aus mehrerlei Hinsicht problematisch. Einerseits werden durch den Beschluss im Wege eines völkerrechtlichen Vertrages die im EU-Vertrag festgelegten Spielregeln zur Änderung der EU-Verträge umgangen – und damit auch der Kreis der Institutionen, die an der Ausarbeitung des Vertrages beteiligt waren, auf EK, FinanzministerInnen und EZB beschränkt. Insbesondere das europäische Parlament und nationale Parlamente wurden damit ausgeschlossen und Zeit oder Raum für öffentliche Beteiligung waren schon gar nicht vorgesehen. Durch den Beschluss als völkerrechtlicher Vertrag wurden aber »auch noch die ohnehin geringen demokratiepolitischen und rechtsstaatlichen Anforderungen des Europarechts unterlaufen« (Oberndorfer 2012, 8). Insbesondere bedenklich sind die Eingriffe ins Institutionengefüge. Im Rahmen des Fiskalpaktes kommen der EK und dem Ecofin

weitgehende Rechte und Eingriffsmöglichkeiten in nationale Zuständigkeit zu, während das Europäische Parlament nicht beteiligt ist. Die ohnehin fragile institutionelle Balance innerhalb der EU wird damit nachhaltig gestört. Bürokratische Institutionen werden aufgewertet und das ohnehin schwache EP wird fallengelassen, dafür werden autoritäre Züge der Entscheidungsfindung gestärkt. Weder EK noch Ecofin sind dem Parlament dabei zu Rechenschaft verpflichtet. Ihnen wird eine große Machtfülle und die Hoheit über heikle wirtschafts- und budgetpolitische Entscheidungen übertragen, es gibt dabei keine Mitbestimmungs- oder Kontrollmöglichkeit durch Parlamente oder Gerichtshöfe.

Andererseits finden sich im Vertrag auch eine Reihe von Bestimmungen, die keine Grundlage in den europäischen Verträgen haben: wie die Schuldenbremse und der automatische Korrekturmechanismus, dessen Ausgestaltung weitgehend der EK überlassen wird (vgl. Oberndorfer 2012, 9), der Mechanismus der Überprüfung der nationalen Gesetzgebung betreffend Schuldenbremsen, Korrekturautomatismus und unabhängige Institution zur Überprüfung des Nulldefizits durch den EuGH aber auch die EU-rechtswidrige Festlegung des umgekehrten Abstimmungsverfahrens bei der Feststellung des Vorliegens übermäßiger Defizite.

### **4. Widerstand erwacht**

Gegen die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, und auch konkret gegen den Fiskalvertrag, formiert sich, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, Widerstand. Auf europäischer Ebene hat sich das Europaparlament gegen den Vertrag ausgesprochen, wurde es ja völlig außen vor gelassen und das Institutionengefüge missachtet. Es gibt aber neben diesem demokratiepolitischen Einspruch auch inhaltliche Kritik am auf Austerität fokussierten Fiskalvertrag von Seiten der europäischen SozialdemokratInnen, der Grünen und der Linken. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat dem Vertrag eine klare Absage erteilt: Der Vertrag sei die falsche Strategie, da er mit der permanent automatischen Austeritätspolitik jegliche

12. <http://www.etuc.org/a/9762>
13. <http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org/>
14. Initiatoren sind: Frank Bsirske (Ver.di), Annelie Buntenbach (DGB), Rudolf Hickel (Wirtschaftswissenschaftler), Steffen Lehndorff (Sozialwissenschaftler), Hans-Jürgen Urban (IG Metall): <http://www.europa-neu-begrunden.de/>
15. <http://www.corporateeurope.org/EU-in-crisis-conf>

Chance auf wirtschaftliche Erholung nimmt und zu sozialen Unruhen führen wird<sup>12</sup>. Auch auf Ebene der NGOs gibt es eine Reihe von Initiativen:


- In Deutschland und Österreich hat ATTAC die ParlamentarierInnen aufgefordert, den Fiskalvertrag abzulehnen und leistet Sensibilisierungsarbeit in Öffentlichkeit und Medien.
- Die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG) hat einen Aufruf »Demokratie statt Fiskalpakt«<sup>13</sup> gestartet.
- Ebenso wurde von deutschen GewerkschafterInnen<sup>14</sup> eine Initiative lanciert: »Europa neu begründen«.
- Die in Brüssel agierende NGO *Corporate Europe Observatory* (CEO) hat für 5. und 6. Mai gemeinsam mit dem *Transnational Institute* (TNI) und Unterstützung der *European Federation of Public Services Unions* (EPSU) zu einer Konferenz geladen<sup>15</sup> und im Juni 2012 wird von zivilgesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite nach Frankfurt mobilisiert, um öffentlich Zeichen gegen die verfehlte Krisenpolitik in Europa zu setzen.

### 5. Ausblick: Es bleibt noch wenig Zeit, um das Ruder herumzureißen

Der Fiskalvertrag ist verzichtbar, mehr noch, die Ablehnung des Fiskalvertrages würde die Chancen auf wirtschaftliche Erholung in Europa bedeutend verbessern, wiewohl noch eine Reihe anderer Bestimmungen in Kraft sind, die ebenfalls auf eine einseitige Austeritätspolitik abzielen. Auch das Europäische Parlament bezweifelt, dass der Fiskalvertrag in Form eines zwischenstaatlichen Abkommens notwendig ist. Es ist höchst an der Zeit, klar zu signalisieren, dass die Botschaft der Krise und die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge verstanden wurden.

Eine Reihe von Initiativen ist im Entstehen. Jetzt gilt es, den konservativen Kreisen, die seit Ausbruch der Krise abсурderweise ihre ideologische Agenda auf europäischer Ebene mit eleganter Leichtigkeit in Regeln mit hoher Bestandskraft gießen können, endlich einen klaren Stopp zu signalisieren. Ein derartiges Signal könnte die Ablehnung des Fiskalpaktes

sein. Der Vertrag ist entbehrlich, das österreichische Parlament kann sich – ebenso wie Großbritannien und Tschechien – entscheiden, dabei nicht mitzumachen. Damit wäre kein Schaden für Österreich verbunden, im Gegenteil, Österreich könnte sich mit anderen Kräften für ein vereintes Europa einsetzen, das den Wohlstand der Menschen wieder ins Zentrum rückt.

Der derzeit mit der verfehlten Politik vorangetriebene Desintegrationsprozess und das ökonomische Auseinanderdriften Europas muss dringend wieder umgekehrt werden. Was nötig wäre, ist ein klares Nein zu den autoritär-neoliberalen Reformmaßnahmen mit einer Ablehnung des Fiskalpaktes als erstes kräftiges Signal. Es braucht europäische soziale Bewegung und Politik, die die Zeichen der Krise erkennt und eine Koordinierung der europäischen Sozial- und Wirtschaftspolitik in die Wege leitet, die Aufholprozesse unterstützt und ein verstärktes Zusammenwachsen sowie den sozialen und regionalen Ausgleich zum Wohle der Menschen in Europa anstrebt. 

**ELISABETH KLATZER**

ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin und an der Wirtschaftsuniversität Wien tätig.

**CHRISTA SCHLAGER**

ist Redakteurin der Zeitschrift »Kurswechsele« in Wien.

## Literatur

**Bovenschulte, Andreas / Fisahn, Andreas** (2012) Fiskalpakt entmachtet Bundestag, Bremen, Bielefeld, März 2012, <http://forum-dl21.de/service/BovenschulteFisahn-FiskalpaktentmachtetBundestag1.pdf> | **Europäische Kommission** (2012) KOM(2011) 815 endg, VOL. 2/5, Fortschrittsbericht zur Strategie Europa 2020, Anhang 1 des Jahreswachstumsberichts 2012, [http://ec.europa.eu/europe2020/reaching-the-goals/monitoring-progress/annual-growth-surveys/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/reaching-the-goals/monitoring-progress/annual-growth-surveys/index_de.htm) | **Europäisches Parlament** (2012a) Reform des Stabilitätspaktes 2.0: Kontrolle der Haushaltspläne & Schutz vor Staatsbankrott, Pressemeldung 6.3.2012, <http://www.europarl.at/view/de/AKTUELLES/press-release/pr-2012/pr-2012-March/pr-2012-Mar-2.html;jsessionid=0CF657987455059252528842EFA73CE4> | **Eurostat** (2012a) Eurostat Pressemitteilung Euroindikatoren, 5/2012 – 2. April 2012 [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-02042012-AP/DE/3-02042012-AP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-02042012-AP/DE/3-02042012-AP-DE.PDF) | **Eurostat** (2012b) Wachstumsrate des realen BIP, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020> | **IMK** (2012a) Fiskalpakt belastet Euroraum. Gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums IMK (Düsseldorf), OFCE (Paris) und WIFO (Wien), IMK Report 71, März 2012, [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_71\\_2012.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_71_2012.pdf) | **IMK** (2012b) Sparkurs im Euroraum trifft deutsche Wirtschaft – 2012 nur Wachstum um 0,3 Prozent, Pressemitteilung 29.3.2012, [http://www.boeckler.de/38555\\_39325.htm](http://www.boeckler.de/38555_39325.htm) | **Initiative Europa neu begründen** (2012) Aufruf: Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen! <http://www.europa-neu-begrunden.de/index.html> | **Karrass, Anne** (2012), Der Fiskalvertrag – Sturm im Wasserglas oder Gefahr für Demokratie und Sozialstaatlichkeit? In: Gegenblende 13, Januar/Februar 2012, <http://www.gegenblende.de/+ +co+ +01a3472a-6143-11e1-6d54-001ec9b03e44> | **Klatzer, Elisabeth** (2012) Fiskalpakt: Frontalangriff auf das europäische Projekt, in: Der Standard, Kommentar der Anderen, 21.3.2012, Wien, <http://derstandard.at/1331780192549/Elisabeth-Klatzer-Fiskalpakt-Frontalangriff-auf-das-europaeische-Projekt> | **Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa** (2011) Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution, in: Kurswechsel 1/2011, Wien, 61-81 | **Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa** (2012): Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance: Maskuline Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten- und Risikoabwälzung,

in: Kurswechsel 1/2012, 23-35 | **Marterbauer, Markus** (2012) Keynesianische Budgetpolitik unter neuen Rahmenbedingungen, in: Kurswechsel 1/2012, Wien, 11-22 | **Oberndorfer, Lukas** (2012) 2. Akt einer Krisenerzählung ohne Kompetenz? Der Fiskalpakt – ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung, in: infobrief eu & internationales, Arbeiterkammer Wien, 1/2012, 7-12 | **Schulmeister, Stephan** (2012a) EU-Fiskalpakt: Das programmierte Desaster, <http://www.beigewum.at/2012/03/eu-fiskalpakt-das-programmierte-desaster/> | **Schulmeister, Stephan** (2012b), Ein Graben zieht sich durch Europa, in: Handelsblatt, 8.4.2012, Gastkommentar, [http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-ein-graben-zieht-sich-durch-europa/v\\_detail\\_tab\\_print,6475468.html](http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-ein-graben-zieht-sich-durch-europa/v_detail_tab_print,6475468.html) | **Weber, Beat / Schlager, Christa / Staritz, Cornelia** (2012): Editorial: Ein neues Schuldenzeitalter? In: Kurswechsel 1/2012, Wien, 3-10



ROSA LILA VILLA, 1983

FOTO: CHRISTIAN SCHREIBMÜLLER / SAMMLUNG WIEN MUSEUM



# Besetzt!

WIEN MUSEUM



VOR DER RÄUMUNG DER BESETZTEN HÄUSER AEGIDIGASSE/SPALOWSKYGASSE, 1988

© ROBERT NEWALD PHOTOGRAPHIE

# Frankreich entscheidet über Europas Kurs

**Nach dem ersten** Wahldurchgang am 22. April entscheidet Frankreich am 6. Mai in einer Stichwahl über seinen künftigen Präsidenten. Die Ankündigung des sozialistischen Kandidaten François Hollande, im Falle eines Wahlsiegs den europäischen Fiskalpakt neu verhandeln zu wollen, gibt diesem Urnengang eine ganz besondere europäische Dimension. Denn Frankreichs WählerInnen bestimmen auch, so argumentiert Ludwig Dvořák, ob der von Europas Regierungschefs auf die Schienen gestellte Schnellzug Richtung Rezession und Entdemokratisierung doch noch Fahrplan und Richtung ändern wird.

**F**rançois Hollande ist eigentlich nicht der Mann, der für Emotionen sorgt. Bei den Vorwahlen der Parti Socialiste (PS) lobten selbst Sarkozy-freundliche Medien noch die – im Vergleich zu seiner wichtigsten Opponentin Martine Aubry – gemäßigten Ansagen Hollandes. Spätestens seit seiner definitiven Nominierung im Herbst 2011 wird er wieder als langweiliger Buchhaltertyp geschmäht.

Tatsächlich ist die Karriere des 58-jährigen Abgeordneten aus dem Departement Corrèze – bislang – weder vom Ruf überschießenden Charismas noch großen Erfolgs geprägt. Nachdem Lionel Jospin an der Spitze der »pluralen Linken« die Parlamentswahlen 1997 gewonnen hatte, nahm er dessen Platz als »Erster Sekretär« der PS bis 2008 ein und musste in dieser Zeit einige schwere Niederlagen der PS miterleben. Ausgerechnet dieser Mann ist, wenn man der konservativen Propaganda bzw. dem französischen Außenminister Alain Juppé wenige Tage vor dem ersten Wahldurchgang Glauben schenken soll, nun eine Gefahr für Frankreichs Wirtschaft, ja sogar für die gesamte Eurozone.<sup>1</sup>

## SARKOZYS ERNÜCHTERNDE BILANZ

Nach fünf Jahren an der Spitze der Republik ist von Sarkozys vollmundigen Ansagen aus dem Wahlkampf 2007 wenig geblieben. Frankreich steht am Rande einer weiteren Rezession, die Arbeitslosigkeit erreicht Rekordwerte und Sarkozys Versprechen »Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen« klingt angesichts der Arbeitsmarktlage wie Hohn. Gegen die Anhebung des Pensionsantrittsalters waren im Herbst 2010 3,5 Millionen Menschen auf die Straße gegangen. Das öffentliche

Defizit stieg in den letzten Jahren spürbar an und lag 2011 über 5 % des BIP, nicht zuletzt wegen der großzügigen Steuererlassen, die Sarkozy seinen Freunden und Gönnern in der Wirtschaft zukommen ließ. Im Frühjahr 2011 hatte die Popularität des Präsidenten daher einen neuen Tiefpunkt erreicht. Sarkozy reagierte: Der Krieg in Libyen brachte ihn zurück auf die Weltbühne. Innenpolitisch und rhetorisch näherte sich Sarkozy im Laufe seiner Kampagne mehrfach an den rechts-extremen Front National (FN) an.

Laut Umfragen sehen 55 % der Franzosen und sogar 47 % der SympathisantInnen der Regierungspartei »Union pour un Mouvement Populaire« (UMP) die Programme von UMP und FN als praktisch gleich oder nur in wenigen Punkten unterschiedlich an.<sup>2</sup> Doch auch wenn nach den Attentaten von Toulouse kurzfristig das von Sarkozy gepushte Sicherheitsthema in den Mittelpunkt rückte und er in den Umfragen aufholte, scheint der Aufholprozess zehn Tage vor den Wahlen vorläufig gestoppt.<sup>3</sup>

Kein Wunder also, dass Sarkozy und sein Lager auf aggressive Sprüche gegen ImmigrantInnen oder die Abwertung des sozialistischen Kandidaten setzt: Hollande, so streuen sie seit dessen Nominierung, sei entscheidungsschwach, ein Provinzabgeordneter ohne Regierungserfahrung, ein farbloser Apparatschik.

## »DIE VERÄNDERUNG PASSIERT JETZT!«

Und dennoch ist es gerade das 60 Punkte umfassende Programm des angeblichen Langweilers, an dem sich die Konser-

1. <http://elections.lefigaro.fr/presidentielle-2012/2012/04/11/01039-20120411ARTFIG00545-alain-juppe-le-programme-de-hollande-est-dangereux.php>, abgerufen am 12.04.2012
2. <http://www.csa.eu/multimedia/data/sondages/data2012/opi20120411-la-course-2012-vague-22-avril-2012.pdf>, abgerufen am 12.04.2012
3. Übereinstimmend wiesen die aktuellsten Umfragen der Institute IPSOS, LH2 und CSA am 12.04.2012 ein neuerliches Anwachsen des Vorsprungs von François Hollande im ersten und zweiten Wahlgang aus.
4. [http://francoishollande.fr/assets/Uploads/Projet\\_presidentiel\\_Francois\\_Hollande.pdf](http://francoishollande.fr/assets/Uploads/Projet_presidentiel_Francois_Hollande.pdf), abgerufen am 09.04.2012
5. Vgl. den diesem Text vorhergehenden Beitrag von Elisabeth Klatzer und Christa Schlager in diesem Heft
6. [http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2012/article/2012/04/11/hollande-et-la-crise-sarkozy-et-fillon-dramatisent-l-enjeu-de-l-election\\_1683482\\_1471069.html](http://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2012/article/2012/04/11/hollande-et-la-crise-sarkozy-et-fillon-dramatisent-l-enjeu-de-l-election_1683482_1471069.html), abgerufen am 13.04.2012
7. [http://www.lh2.fr/\\_upload/ressources/sondages/politique\\_nationale/lh2yahooqualitecampagneprincipauxcandidats3avril2012.pdf](http://www.lh2.fr/_upload/ressources/sondages/politique_nationale/lh2yahooqualitecampagneprincipauxcandidats3avril2012.pdf), abgerufen am 13.04.2012

vativen polemisch abarbeiten. Trotz des Bemühens Hollandes, keine gesellschaftspolitischen Umbrüche erwarten zu lassen, enthält es einige symbolisch bedeutsame Forderungen<sup>4</sup>, die Hollande in den Wochen nach der Programmpräsentation weiter verschärft hat: Da wären, neben der konsensualen Finanztransaktionssteuer, die angekündigte Abspaltung des Investmentbanking vom »normalen« Spar- und Kreditgeschäft der Banken, der Plan, den Spitzensteuersatz für Einkommen über eine Million Euro auf 75 % zu erhöhen, das Versprechen, die Rentenreform (teilweise) zurückzunehmen oder der Widerruf des teilweisen Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst.

Der wirtschafts- und europapolitische Paukenschlag ist aber Punkt II seines Programms: »Ich werde unseren [europäischen, Anm.] Partnern einen Pakt der Verantwortung, der Governance und des Wachstums vorschlagen, um die Krise und die Spirale der Austerität zu überwinden. Ich werde den beim Gipfel vom 9. Dezember hervorgegangen Pakt [den Fiskalpakt, Anm.] neu verhandeln, um Wachstum und Beschäftigung in den Mittelpunkt zu rücken und die Rolle der Europäischen Zentralbank in diese Richtung neu zu orientieren.« Zudem befürwortet Hollande die Ausgabe von Eurobonds.

## FINANZMÄRKTE SOLLEN HOLLANDE STOPPEN

Während es Europas Regierungen also nicht erwarten können, den wirtschaftspolitisch und demokratiepolitisch brandgefährlichen Fiskalpakt<sup>5</sup> zu ratifizieren, verweigert sich Hollande dem Weg in die Rezession. »Zur Strafe« weigerte sich Angela Merkel, den sozialistischen Kandidaten im Wahlkampf zu empfangen. Wenige Tage vor dem ersten Wahldurchgang hat das Sarkozy-Lager die inhaltliche Auseinandersetzung endgültig aufgegeben und sich auf finstere Zukunftsprognosen verlegt. Eine Wahl Hollandes werde eine massive Vertrauenskrise der Finanzmärkte auslösen, ließ der noch amtierende Staatspräsident das Volk am 11. April wissen. Sein Premierminister drohte den Franzosen noch direkter: Wenn Hollande gewinne, werde eine Spekulationswelle gegen den Euro einsetzen.<sup>6</sup>

## WACHSTUM STATT FISKALPAKT

Die Vorwürfe entbehren nicht einer gewissen Absurdität. Zum einen, weil es Sarkozy, ebenso wie die anderen europäischen Regierungschefs, bislang verabsäumt hat, die Spielräume der Spekulanten zu begrenzen und er es auch war, der Frankreichs Triple-A-Status verspielt hat. Zum anderen, weil Hollande den Weg der Budgetkonsolidierung grundsätzlich gar nicht in Frage stellt und sich zum Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2017 bekannt hat. Hollande setzt dabei einerseits auf eine nicht sonderlich ambitionierte Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote um 1,8 Prozentpunkte des BIP. Die Quote der Staatsausgaben soll während seines Mandats hingegen sogar um 2,6 % sinken. Grundvoraussetzung für das Gelingen des Budgetplans ist jedoch ein Anspringen des Wachstums (bis zu 2,5 % BIP-Wachstum ab 2015).

Hollande ist aber offenbar bewusst, dass letzteres unter den Bedingungen des Fiskalpakts ausgeschlossen ist und hat deshalb erkannt, dass die Fesseln dieses Paktes gesprengt werden müssen, um eine Budgetsanierung durch stärkeres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Wenn Hollande den Fiskalpakt neu verhandeln will, dann spricht, bei nüchterner Betrachtung, weniger der kühne Visionär als der realistische Pragmatiker aus ihm.

## SCHLÄGT FRANKREICHS HERZ LINKS?


Zugleich überrascht die Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl aber auch mit der Erkenntnis, dass klare linke Positionen keineswegs weltfremd wirken müssen und auf breite Sympathie stoßen. Der Kandidat des Front de Gauche (FG), der aus der PS ausgetretene und an der Spitze eines linken Parteibündnisses stehende Jean-Luc Mélenchon, gilt allgemein als die große Sensation des Wahlkampfes. Zu Beginn war er in Umfragen noch deutlich im einstelligen Bereich gelegen. Seine Kampagne, die auf Massenmobilisierung und kantige Forderungen setzte, hat ihn zwischenzeitlich in einigen Umfragen auf Platz 3, vor den FN, katapultiert und wird als die beste des bisherigen Wahlkampfes angesehen.<sup>7</sup> Es ist zu Re-

8. <http://www.ipsos.fr/ipsos-public-affairs/actualites/2012-04-09-nicolas-sarkozy-et-francois-hollande-au-coude-coude-au-1er-tour>, abgerufen am 13.04.2012

daktionsschluss natürlich nicht absehbar, wieviele seiner AnhängerInnen nicht letztlich doch Hollande bereits im ersten Wahlgang den Rücken stärken wollen (im zweiten wollen das über 80% tun). Es fällt jedoch auf, dass selbst Mélenchons Programms von mehr Franzosen für wünschenswert gehalten wird als das Sarkozys.<sup>8</sup>

### EIN WENDEPUNKT FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE?

Anders als Mitterand, der 1981 ein radikales Programm vorlegte, hat Hollande seine konfrontative Position zum Fiskalpakt nicht notwendigerweise bewusst gewählt. Sie ist vielmehr Ausdruck eines im Grunde maßvollen, aber eben doch schlüssigen keynesianischen Wirtschaftsprogramms. Dass die französischen Konservativen nun die Finanzmärkte gegen Hollande zu mobilisieren versuchen, könnte ihn und sein Projekt zu einem Symbol einer sozialdemokratischen Strategie der europäischen Politikwende machen. Zu einem Symbol dafür, dass die europäische Linke den Kampf gegen die Spekulation aufnimmt und für Wachstum und gerechtere Verteilung sorgt, statt Budgeteinschnitte vorzunehmen, um den Finanzmärkten zu gefallen. Gewinnt Hollande die Wahlen, befindet er sich mit konservativen Regierungen in Deutschland, Großbritannien und Spanien zweifellos in keiner einfachen Lage.

Umso mehr sind Europas SozialdemokratInnen gefordert, die Ratifizierung des Fiskalpakts mit all seinen schädlichen Folgen für Wachstum und Beschäftigung nach Möglichkeit zu verschieben und Hollande bei seinen Bemühungen um Nachverhandlungen nicht isolieren zu lassen. Hollandes Wahl zum Präsidenten ist noch nicht mit einem Kurswechsel in Europa gleichzusetzen. Doch sie bietet eine einmalige Chance für Europas Sozialdemokratie, einen Weg aus dem derzeitigen Jammertal zu finden und eine tragfähige Perspektive für einen europäischen Politikwechsel zu entwickeln. Ob sich diese Chance eröffnet, entscheiden Frankreichs WählerInnen letztlich am 6. Mai 2012. Ob sie genutzt wird, entscheiden Europas SozialdemokratInnen nach diesem Tag. 

**LUDWIG DVOŘÁK**

ist geschäftsführender Chefredakteur der ZUKUNFT.

# Besetzt!

WIEN MUSEUM



AUTONOMES STADTHEILZENTRUM ROTSTILZCHEN, 1987

© ROBERT NEWALD PHOTOGRAPHIE

# Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft

**Für den Frankfurter** Soziologen Sighard Neckel ist mit dem Einzug des Finanzkapitalismus in das Wirtschaftsleben die historische Verbindung von Kapitalismus und Bürgerlichkeit an ihr Ende gelangt. Sie wurde von einem Neofeudalismus der Begüterten, der vormoderne Merkmale in der Verteilung von Einkommen, Anerkennung und Macht aufweist, abgelöst.

**A**ls im Frühjahr 2009 die Finanzkrise einen ersten Höhepunkt erreichte, warf Ralf Dahrendorf, der vor drei Jahren verstorbene Doyen einer liberalen Sozialwissenschaft, in einem Aufsatz für den *Merkur* die Frage auf, ob die Wirtschaft angesichts des Debakels des Finanzmarktkapitalismus nicht zur protestantischen Ethik zurückkehren müsse. Als innere Ursache der Implosion der Finanzmärkte machte Dahrendorf einen Einbruch der ökonomischen Mentalitäten aus, wodurch das moderne Wirtschaftssystem seine eigenen sozialen Voraussetzungen gefährde. Der Schritt von der Wertschöpfung zum Derivathandel, von der Realwirtschaft zur virtuellen Ökonomie erlaubte den Genuss vor dem Bezahlen («enjoy now, pay later!«), die Verschuldung vor dem Konsum. Der »Pumpkapitalismus« als verhaltensprägende Wirtschaftskultur hätte dadurch – so Dahrendorf – zur Untergrabung der ehernen Regel vom Bedürfnisaufschub geführt. Die Anreizsysteme von Benchmarking und Bonuszahlungen prämierten eine Kultur der wirtschaftlichen Kurzfristigkeit, vor der am Ende – so lässt sich mit Norbert Elias ergänzen – der zivilisatorische »Zwang zur Langsicht« kapitulierte.

Tatsächlich hatte der Finanzmarktkapitalismus, der im Herbst 2008 vorläufig zusammenbrach, sein soziales Pendant in gesellschaftlichen Milieus, die in den langen Nachkriegsjahrzehnten des friedlichen Aufschwungs nicht nur wohlhabender, sondern auch ambitionierter wurden. Nach Jahrzehnten, in denen der Anteil der oberen Schichten an der gesamten Vermögensverteilung in den wichtigsten westlichen Ländern konstant bei 30 bis 40 Prozent lag, nahm mit der gewaltigen Vermehrung des privaten Finanzvermögens auch

dessen Konzentration in der Belegung der sozialen Rangordnung zu. Seit der Jahrtausendwende wuchs in den USA der Anteil des obersten Zehntels am gesamten Geldvermögen auf 70 Prozent, in Deutschland auf 47 Prozent. Hält man sich vor Augen, dass das Volumen der Finanzvermögen weltweit auf die historisch beispiellose Summe von 41 Billionen Dollar anstieg, erkennt man, welche Geldmengen hier danach riefen, angelegt und kapitalisiert zu werden.

Wie kommunizierende Röhren nahm sich dazu ein Finanzsystem aus, das seinerseits von einer Steuerungslogik des Gewinns angetrieben war. Nur das galt noch als finanzieller Erfolg, was kurzfristig ein Mehrfaches an Rendite und in der näheren Zukunft ein schier grenzenloses Wachstum von Erträgen versprach. Fünfundzwanzig Prozent »return on equity« – solche gigantischen Verwertungsraten kamen jedoch nur dadurch zustande, dass das Finanzsystem schließlich einer Wettbörse glich, an der Hypotheken mit schlechter Bonität als hübsch verpackte Wertpapiere verkauft wurden, Sekundärmärkte mit zweifelhaften Anleihen überschwemmt wurden, Fremdwährungskredite die Devisenspekulation anheizten und ein Derivatehandel erblühte, der die Eigenschaften von Pyramidenspielen annahm. Da nur noch das Ziel der Gewinnsteigerung, aber nicht mehr die Mittel zählten, mit denen es erreicht werden sollte, zeigte sich das Finanzsystem offen für alle Erscheinungsformen wirtschaftlicher Devianz.

Von politischer Kontrolle weitgehend befreit und beglaubigt durch das Mantra von Rating-Agenturen, war es nicht individuelles Fehlverhalten, sondern ein Systemeffekt, dass sich die Wirtschaftskultur des schnellen Geldes paarte mit

Falschmünzerei. Investmentbanker, die der Bonuszahlungen wegen ihren Kunden vermeintlich gewinnstarke und risikoarme Papiere angedient haben, wurden zur Personifikation eines Verteilungssystems von Vorteilen, bei denen sich die Begehrlichkeiten von Anlegern und Bankern gegenseitig in die Hand gespielt haben. Fast schien es so, als wollte die Bankenwelt der Händler, Berater und Analysten ein Verdikt von Karl Marx glaubhaft machen, der den Aufstieg einer Klasse von Börsenspekulanten in der französischen Juli-Monarchie mit den Worten gebrandmarkt hatte, dass »die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft« sei.

Der ideologische Kitt, der alle Beteiligten des großen Gewinnspiels mental miteinander verband, war eine Kultur des Erfolgs, welche die soziale Durchsetzung von Gewinnern um bald jeden Preis betrieb. Erfolg mutierte zu einer reinen Wettbewerbskategorie, bei der es auch in ökonomischer Hinsicht nicht auf Wertverwirklichung ankam, wenn nur die Bilanzen im persönlichen Geltungskampf fortwährend nach oben getrieben werden konnten. Maßstäbe hierfür waren allein die nackte Summe des Geldes, der Statuswert des eigenen demonstrativen Konsums und die prestigeträchtige Stellung an der Spitze der globalen VIP-Lounge-Kategorie. Die Sucht nach Erfolg, vermessen in reinen Geld- und Statusbegriffen, wurde zum mentalen Pendant des Finanzmarktkapitalismus, zur Subjektivierung einer Wettbewerbsgesellschaft, in der sich das Ranking auf vorderen Plätzen zu einer Art Privatreligion aufrichten konnte.

Durch den Bankencrash ist daher viel mehr erschüttert worden als nur das Finanzsystem, zeigte sich doch, wie wirksam sich die Maximen des raschen finanziellen Erfolgs im Habitus des modernen Bürgertums bereits verankern konnten. Ralf Dahrendorf beurteilte in dem besagten Aufsatz die Aussichten auf eine Rückkehr zur protestantischen Ethik daher auch eher pessimistisch. Denn mehr noch, als dass der

Konsumkapitalismus dauerhaft die Vorstellung entkräftet hat, dass allein im Jenseits Entlohnung für Anstrengung und Verzicht zu erhalten sei, stellt sich in soziologischer Hinsicht die Frage, wer heute eigentlich die Rolle jener sozialen Schichten einnehmen soll, die einst die Maximen des bürgerlichen »Sparkapitalismus« (Dahrendorf) getragen haben. Die historische Verbindung von Kapitalismus und Bürgerlichkeit gelangt im 21. Jahrhundert offenbar an ein Ende. Längst hat sich im Wirtschaftsleben ein Neofeudalismus der Begüterten ausgebreitet, der in seinem Hang zur Verschwendung ganz und gar unbürgerlich ist. Mit dem Absterben des Familienkapitalismus scheint auch eine bestimmte Sittlichkeit verloren gegangen zu sein, deren Ideal Max Weber in seiner These vom protestantischen Geist des Kapitalismus einst bündig formuliert hatte.

## REFEUDALISIERUNG DER WERTE

Aller anderslautenden Rhetorik zum Trotz, ist das Leistungsprinzip bei den Führungskräften der Wirtschaft in Wirklichkeit nicht mehr gut gelitten. Wer sich bisweilen auf Seminaren und Tagungen wirtschaftsnaher Verbände aufhält, kann dort erleben, dass Begriffe wie Leistungsgerechtigkeit« ausdrücklich abgelehnt werden. Wer »Leistung« sagt, so heißt es, wolle nur Forderungen stellen. Stattdessen gelten »Selbstverantwortung« und »Eigeninitiative« als Leitbilder der Gegenwart. Für Spitzenverdiener haben diese Leitbilder den Vorteil, weder zum Vergleich einzuladen noch dem finanziellen Markterfolg irgendeine Grenze zu setzen. Heute sehen die oberen Führungskräfte denn auch weitgehend davon ab, ihre Bezüge noch mit den Einkommen ihrer Mitarbeiter zu vergleichen. Sie scheuen sich aber nicht, sich selbst als hoch bezahlte Superstars zu verstehen, denen die celebrities der Popkultur als bevorzugte Bezugsgruppe der eigenen Einkünfte dienen.

Für den Superstar gilt, dass allein der Markt seinen Preis bestimmt. Ist die Nachfrage hoch und stellt sich dem Publikum der Star als einzigartig dar, ist dem Preis prinzipiell keine Grenze gesetzt. Und so hat in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* (20.11.2009) der Deutsche Bank-Chef Josef

Ackermann noch einmal die heute herrschende Sichtweise im Management artikuliert: »Gehälter und Boni«, so Ackermann, »sind Preise. Sie werden in einer Marktwirtschaft zunächst einmal von Angebot und Nachfrage bestimmt.« Und Preise seien, so Ackermann weiter, das Ergebnis von Knappheit, nicht von Gerechtigkeit. Je knapper das Angebot an Personen mit den nachgefragten Eigenschaften, desto höher infolgedessen ihr Preis.

Zweierlei ist auffällig daran: Zum einen darf das Knappheitsargument auch der vorherrschenden ökonomischen Lehre nach getrost angezweifelt werden. Amerikanische Business Schools und deutsche Managementschulen werfen jedes Jahr mehr MBA-Absolventen auf den Markt, ohne dass hierdurch die Gehälter im Management fallen würden. Nicht Knappheit bestimmt also offensichtlich die Preise im Management. Viel eher sind es günstige Gelegenheitsstrukturen, die es dem Management erlauben, die Preise für sich selbst nach oben zu treiben. Zum anderen wird offenbar, dass bei der Begründung für hohe Gehälter auf den Begriff »Leistung« mittlerweile vollständig verzichtet wird, der noch nicht einmal zu Legitimationszwecken ins Feld geführt wird. Dies verdeutlicht, dass sich die Organisationsprinzipien des heutigen Marktkapitalismus von ihren einstigen normativen Grundlagen vollständig entbunden haben, zu denen vor allem anderen im bürgerlichen Wertehorizont das Leistungsprinzip zählt. Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft bedingen sich nicht mehr – Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft sind Gegensätze geworden.

Die Winner-take-all-Märkte, die stattdessen die Erwerbsinteressen der Managementelite regieren und bei denen die Ersten im Wettbewerb erheblich höhere Einkünfte haben als alle Schlechterplatzierten, haben ihren Ursprung denn auch im Profisport, im Kunstmarkt und in der Unterhaltungsbranche. Im Wirtschafts- und Arbeitsleben hingegen galt jedenfalls offiziell, dass Einkünfte sich durch Leistungsnormen rechtfertigen sollen. Im Unterschied zur reinen Marktlogik begründet das Leistungsprinzip ein Verhältnis auf Gegensei-

tigkeit. Anstrengungen sollen belohnt werden und die Belohnungen untereinander das Maß der jeweiligen Verdienste repräsentieren. Ob dies jemals Realität gewesen ist, ist gesellschaftlich letztlich nicht entscheidend. Wichtig ist vielmehr, dass mit dem Leistungsbegriff eine normative Richtschnur in die Verteilung des Reichtums eingezogen ist, die ansonsten vollständig dem nackten Durchsetzungskampf der mächtigsten Interessen überantwortet wäre. Im allein meritokratischen Prinzip der sozialen Schichtung jedenfalls hat das Bürgertum einst sein Arbeitsethos gegen die aristokratische Maßlosigkeit des reinen Genusses behauptet.

Der ökonomische Neofeudalismus hingegen, wie er sich heute bei wirtschaftlichen Führungsgruppen manifestiert, ist in seinem Hang zum profanen Kult der Verschwendung Ausdruck eines demonstrativen Luxuskonsums, weshalb er sich auch mit der Bewunderung berührt, die bei plebejischen Schichten für die ostentative Darstellung von Reichtum seit je her zu finden ist. Dass sich »ganz oben« und »ganz unten« die Wertvorstellungen mitunter gleichen, ist keine Erfindung der Gegenwart. Bemerkenswert ist aber, dass jene Sozialschichten, die demgegenüber die Konventionen einer bürgerlichen Mitte repräsentieren, sich heute selber nach oben und unten verteilen.

### REFEUDALISIERUNG DER WIRTSCHAFTSORGANISATION

Getragen von einer wirtschaftlichen Ideologie, die unternehmerischen Erfolg allein an den Cashflows aus Aktienwerten bemisst, etablierte sich eine ständisch privilegierte Managerklasse, die für den Shareholder-Value die notwendigen Dienste erbringt. Wie einst von Max Weber als Merkmal der orientalischen Mogul-Herrschaft geschildert, wird die neue Finanzdienstklasse mit »fiskalischen Pfründen« entgolten, die faktisch wie Renten wirken und »nach dem Ertrage geschätzt und verliehen« werden, wofür heute das Anreizsystem der Bonuszahlungen steht. Was die Herrschaft der heutigen Managerklasse von ihren patrimonialen Vorgängern unterscheidet,



ist allein, dass der Pfründen-Feudalismus keine Aufsichtsräte kannte, in denen die Ministerialen des Börsengewinns eigene Herrengewalt ausüben dürfen und sich ihre Pfründe selbst genehmigen und untereinander verteilen.

Im Licht des Unternehmerideals, das Joseph Schumpeter uns in seiner »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« hinterließ, nimmt sich die moderne Managerklasse daher auch einigermaßen enttäuschend aus. Schumpeter hatte dem »unternehmerischen Unternehmer« ja einst das Loblied gesungen, zwar rücksichtslos, aber bahnbrechend und für die Steigerung des Wohlstandes unersetzlich zu sein (vgl. ebd, 130ff.). Was die heutige Wirtschaftselite gegen das so beliebte Leitbild des Schumpeter'schen Unternehmers freilich abfallen lässt, ist, dass die moderne Managementklasse sich ökonomisch ganz im Stil jener Gegenfigur des tatkräftigen Unternehmers verhält, für die Schumpeter nur Geringschätzung übrig hatte: im Stil eines »Wirtes« in eigener Sache nämlich, der ökonomischen Wandel nicht erzeugt, sondern nutzt, um finanziellen Eigeninteressen zu verfolgen. Bei allen Hymnen auf die wirtschaftliche Rücksichtslosigkeit hatte Schumpeter den unternehmerischen Manager doch als »Pionier sozialer und politischer Revolution« betrachtet, dessen Motive gerade nicht rein egoistische sind, sondern sich auf die Umorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft im Ganzen beziehen.

Das moderne Management des Anlegerkapitalismus, gut ausgestattet mit Prämien und Aktienoptionen, agiert hingegen wie »Eigentümer ohne Risiko« (Windolf 2008), weshalb es auch keine Schranke in der Verfolgung des Eigennutzes kennt. Ohne Hindernisse können die berüchtigten »moral hazards« ausgenutzt werden, die der ökonomischen Theorie stets als moralischer Grenzfall des rationalen Nutzenkalküls gilt. Würden die Handlungsfolgen der Hasardeure auf den Finanzmärkten von ihren jeweiligen Unternehmen selbst zu tragen sein, wären hyperrisikante Spekulationsstrategien von geringem wirtschaftlichem Interesse. Der Bankencrash aber zeigte noch einmal, dass die Finanzwirtschaft ihre Risiken gefahrlos

externalisieren kann. Die Rechnung begleichen die Steuerbürger in Form astronomisch kostspieliger Bankenrettungspakete – nichts anderes als ein marktkonformer Staatsinterventionismus, der am Ende nicht Banken gerettet hat, sondern Aktionäre und die Kontinuität risikoloser Spitzenrenditen.

Als eine paradoxe Folge der staatlichen Krisenintervention stellte sich demgemäß ein, dass mit ihr genau jene Strukturen bekräftigt, bestätigt und reproduziert worden sind, welche die Finanzkrise zuvor verursacht hatten. Auf den zeitweiligen Zusammenbruch der Winner-take-all-Ökonomie erfolgte ein Rettungsprogramm gemäß der Regel *too big to fail*. Man musste nur groß genug sein und ausreichend hohen Verlusten entgegensehen, um als »systemrelevant« vor der Insolvenz bewahrt zu werden. In beiden Fällen, vor und nach der Finanzkrise, haben die größten Spieler am Markt also die größten Vorteile gehabt: vor der Krise die höchsten Gewinne und nach der Krise die weitestreichenden Liquiditätsgarantien – ein Neoliberalismus mit staatlich garantierter Sicherheit.

## EINE PARADOXIE KAPITALISTISCHER MODERNISIERUNG

Nun ist die Feststellung einer nachbürgerlichen Epoche des Kapitalismus theoriegeschichtlich nicht neu. Bereits die ältere Kritische Theorie hatte von einer »Rückbildung des liberalen Kapitalismus« gesprochen, durch welche ein Verfall bürgerlicher Ideale, eine kulturelle Regression und das Ende aller rationalen Maßstäbe in Wirtschaft und Gesellschaft verursacht worden sei.

Wenn sich Markterfolge allein an der Höhe finanzieller Renditen bemessen, entthront die Kultur des schnellen Geldes die bürgerliche Logik der Meritokratie. Entsprechend entfernen sich auch die Deutungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs vom Narrativ des bürgerlichen Erwerbsfleißes zur Ökonomie der günstigen Gelegenheit. Die Rationalität des bürgerlichen Bewusstseins lebte von dem, was Max Weber die Unterscheidung in verschiedene »Wertsphären

und Lebensordnungen« nannte. Fallen unter dem Gesetz der Ökonomisierung aller Lebensbereiche Kunst und Geschäft, Weltanschauung und Wettbewerb, Glaube und Geld in eins, verliert sich mit der sozialen offenbar auch die geistige Differenzierung, durch die einst die Strahlkraft des bürgerlichen Vernunftprogramms gekennzeichnet war. Besser jedoch als durch eine Verfallsgeschichte (und besser auch als durch eine ideologische Ausgeburt des Neoliberalismus) ist der refeudalisierte Kapitalismus der Gegenwart als eine Paradoxie kapitalistischer Modernisierung zu begreifen. Derselbe ökonomische Entwicklungsprozess, der immense materielle Zugewinne in Aussicht stellt, sorgt zugleich dafür, dass immer größere Bevölkerungsteile von ihnen ausgeschlossen werden.

Derselbe gesellschaftliche Prozess, der die Ökonomie zur Struktur eines Finanzmarktkapitalismus modernisiert hat, etabliert soziale Formen der Verteilung von Einkommen, Anerkennung und Macht, die in zeitgemäßen Erscheinungsweisen ursprünglich vormoderne Muster der sozialen Ordnung aktualisieren.

In seinem Buch über den Strukturwandel der Öffentlichkeit hat Jürgen Habermas einstmals an der öffentlichen Sphäre gezeigt, wie sich eine Refeudalisierung ehemals bürgerlicher Kommunikationsformen durch eine Transformation ihrer grundlegenden Institutionen vollzieht. Bei Habermas steht im Zentrum des Strukturwandels der Öffentlichkeit die Privatisierung gesellschaftlicher Bereiche, deren leitende Idee im zwanglosen Austausch über verallgemeinerungsfähige Interessen besteht, die nun aber zunehmend unter den Druck von wirtschaftlicher Kommerzialisierung und politischer Legitimitätsbeschaffung geraten. Einen ähnlichen Prozess können wir heute in der ökonomischen Sphäre konstatieren. Wie in Habermas' Analyse von Öffentlichkeit, so wird auch in der refeudalisierten Ökonomie ein Strukturwandel dadurch vollzogen, dass öffentliche Güter privatisiert werden, ökonomische Beziehungen umfassend einem Vermarktlichungsimperativ unterliegen und eine oligopolistische Vermachtung die Un-

ternehmensstrukturen dominiert. Am Ende obsiegt die »Konkurrenz der organisierten Privatinteressen« in ähnlicher Weise über die wirtschaftliche Welt, wie Habermas dies formal vergleichbar am Fall von Öffentlichkeit beschrieb.

Die Finanzkrise hat überdies unübersehbar dokumentiert, dass in ökonomischer Hinsicht eine Trennung von Markt und Staat ebenso wenig existiert wie in Habermas' Krisenanalyse von Öffentlichkeit eine Trennung von Staat und Gesellschaft. Die Rettungsprogramme, welche die Regierungen aufgelegt haben, um die Funktionsprobleme der Finanzmärkte kurzfristig zu beheben, verweisen auf eine Verstaatlichung der Ökonomie, welcher zwangsläufig eine Ökonomisierung des Staates auf dem Fuße folgt, um dem fiskalischen Zusammenbruch noch zu entgehen. Genau dieser Einbruch jeglicher Sphärentrennung aber ist es, der in Habermas' Überlegungen den Verlust der bürgerlichen Qualitäten einer Sozialordnung markiert. Und auch die Arten und Weisen der Rechtfertigung weisen gemeinsame Merkmale zwischen Öffentlichkeit und Ökonomie im nachbürgerlichen Zeitalter auf: Die refeudalisierte Öffentlichkeit bedarf – wie Habermas zu zeigen versuchte – einer plebiszitären Zustimmung, die sie sich mittels medialer Spannungsreize in der Massenunterhaltung verschafft. Dem korrespondiert im refeudalisierten Kapitalismus der Gegenwart die kulturelle Stützung des wirtschaftlichen Vorteilskampfes in Gestalt eines allgemeinen Glaubens an die Pflicht zum Erfolg.

Im selben Maße, wie finanzieller Erfolg als solcher sich zu einer Wertkategorie verwandelt, artikuliert sich bei den wirtschaftlichen Führungskräften nicht nur ein Desinteresse, sondern mehr noch eine explizite Ablehnung fundamentaler bürgerlicher Werte, wie sie sich grundlegend im Leistungsprinzip manifestieren. Diese Refeudalisierung im normativen Sinne wird getragen von einer ständisch privilegierten Managerklasse ohne Leistung und ohne Risiko, die faktisch Renten bezieht, deren Ausgestaltung ihr eigenes Vorrecht ist. Einkünfte kommen so nicht als Ergebnisse von Leistungswett-

bewerben zustande, sondern im Zuge dessen, was die ökonomische Theorie *rent seeking behaviour* nennt, was bedeutet, dass erhaltener Wohlstand auf nichts anderem als auf der Ausbeutung der wirtschaftlichen Umwelt und auf der monopolartigen Ausnutzung von Privilegien und Rechtstiteln beruht.

## REFEUDALISIERUNG DER SOZIALSTRUKTUR

Eingebettet findet sich diese vorbürgerliche Organisationsform wirtschaftlicher Renditen in eine allgemeine Sozialstruktur, die in sich selbst vielgestaltige Merkmale einer Refeudalisierung aufweist. Charakteristisch hierfür sind Polarisierung und Verfestigung. Der Abstand zwischen entrückten Eliten und der Prekarität unterer Schichten nimmt in westlichen Ländern heute ein Ausmaß an, dass vor geraumer Zeit sogar Alan Greenspan, seinerzeit Chef der amerikanischen Notenbank, davon sprach, dass nicht nur die Vereinigten Staaten ein Zwei-Klassen-System der Verteilung herausbilden würden, wie es bisher nur typisch für Entwicklungsländer war. Einem steigenden Armutrisiko korrespondiert die Zunahme der Abwärtsmobilität bis weit in die mittleren Einkommensschichten hinein.

Andererseits ist in den unteren Schichten bis zur gesellschaftlichen Mitte Aufstiegsmobilität faktisch zum Erliegen gekommen, während in den oberen Funktionsschichten der Gesellschaft mittlerweile in hohem Ausmaß an Selbstrekrutierung vorherrscht, das weitgehende Exklusivität unter den höheren Bildungsschichten garantiert und sich gegenüber anderen Sozialschichten in den Parallelgesellschaften der Begüterten und Bevorteilten abschotten kann. Im Ergebnis entsteht so ein stationärer Typus sozialer Ungleichheit, der wenig noch an das Schichtungsmodell erinnert, wie es als charakteristisch zumindest für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts galt.

Ob es die PISA-Studien sind oder die Armut- und Reichtumsberichte der Bundesregierung: Sie zeigen eine Gesellschaft, in der sich die Armut ebenso zunehmend sozial vererbt wie umgekehrt Privilegien von einer Generation auf die nächste weitergegeben werden, und die sich daher in einem

offenen Prozess der Refeudalisierung von Lebenschancen befindet. War soziale Ungleichheit dem modernen Selbstverständnis nach als ein graduelles Abstufungssystem unterschiedlicher Wettbewerbspositionen zu verstehen, mit Übergängen zwischen den einzelnen Klassen und Schichten, so wird Ungleichheit heute zunehmend durch kategoriale Unterschiede untereinander unvergleichbarer Soziallagen geprägt, weshalb nicht offene Statuskonkurrenzen, sondern Einschluss und Ausschluss bestimmend für die Soziallage sind.

Vorbürgerliche Institutionen wie das Erbschaftsrecht haben an der zunehmenden Zementierung materieller Ungleichheit einen bedeutenden Anteil. Und so verwundert es vielleicht nicht, dass sich auch kulturell der aristokratische Lebensstil erneut zum bürgerlichen Vorbild aufschwingen konnte. So jedenfalls vor geraumer Zeit ebenfalls die *Frankfurter Allgemeine*, in der Patrick Bahners unter dem Titel Haltung muss sich wieder lohnen erklärte, wie Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg zum Idol eines Bürgertums werden konnte, das sich seiner eigenen kulturellen Grundlagen mehr und mehr entfremdet: »Eine der Blasen, die in der Finanzkrise geplatzt sind, ist die meritokratische Legitimation der Lebenschancenverteilung. Wo bürgerliche Privilegien kaum noch durch Verdienste zu rechtfertigen sind, wird der Adel zum Vorbild, der seine naturgegebenen Vorrechte in ästhetisches Kapital umgemünzt hat.«

Doch beschränkt sich die Ummünzung aristokratischer Muster nicht auf ästhetisches Kapital. Auch ökonomisches Kapital findet vermehrt seinen Weg zu wirtschaftlichen Institutionen, die ihren Ursprung im Schutz besitzständischer Monopole und Privilegien haben. Das wichtigste Beispiel hierfür sind die Privatstiftungen, die nicht nur im Erbschaftsrecht dynastische Strukturen schaffen und perpetuieren sollen. Auch auf den Finanzmärkten haben Privatstiftungen eine ähnliche Funktion. Hier dienen sie als Kapitalsammelstelle für die Konzentration großer Vermögen und dazu, Kapital zu parken und zugleich dem Zugriff der Allgemeinheit weitgehend

zu entziehen, da man nicht für den Zuwachs des Vermögens, sondern nur bei dessen Entnahme geringfügige Steuern zu entrichten hat. Privatstiftungen ermöglichen ihren Begünstigten ein Rentiermodell von Vermögen und Wohlstand, das ausschließlich auf Besitztiteln und nicht auf eigener unternehmerischer Leistung beruht. Sie gewähren Monopolrenten, die Personen aufgrund ihrer je einzigartigen Stellung erhalten.

Rentiermodelle gehören zwar stets schon zur Geschichte des Kapitalismus dazu, sie entstammen aber der Ständegesellschaft und entspringen nicht der bürgerlichen Ethik, die den Kapitalismus legitimiert. In Gestalt der Privatstiftungen werden Rentiermodelle zu Institutionen der Gegenwart, die – um ein letztes Mal die *Frankfurter Allgemeine* zu zitieren – einen »anstrengungslosen Wohlstand ohne marktgerechte Risikoverteilung« befestigen sollen.


### KAPITALISMUS OHNE BÜRGERLICHKEIT

Der Strukturwandel der kapitalistischen Wirtschaft, der hier unter dem Begriff der »Refeudalisierung« zusammengefasst wurde, ist – dies sollte deutlich geworden sein – nicht als Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche zu verstehen. Refeudalisierung bedeutet nicht die Rückkehr zu alten Zeiten. Auch in Habermas' Konzept einer Refeudalisierung von Öffentlichkeit wurde nichts anderes als eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit zum Ausdruck gebracht, die ab bestimmten Schwellenwerten in der Weise umschlagen kann, dass gesellschaftliche Institutionen jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben.

Ein ähnliches Beispiel in der Theoriesprache finden wir etwa auch bei Max Weber und seiner Verwendung der Begriffe von »Klasse« und »Stand«. Den Begriff des »Standes« gebraucht Weber in zweifacher Weise, einmal als historischen Schichtungsbegriff, den er gegen »Klasse« abgrenzt, dann wieder in einer systematischen Verwendung für eine bestimmte Art der Gruppenbildung, die er als »ständisch« bezeichnet

und die der modernen Klassenordnung nicht entgegensteht, sondern unter bestimmten Bedingungen korrespondiert. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen und harter Verteilungskämpfe dominiert Weber zufolge die soziale Teilung nach Klassen, während Perioden der Prosperität ständische Unterscheidungen entstehen lassen, die auf der Prestigegehlung der jeweiligen Lebensführung basieren.

Zeitgleich mit Max Weber, aber auf einem anderen Kontinent hat Thorstein Veblens Theorie des demonstrativen Konsums deutlich gemacht, dass sich unter den Bedingungen großer Reichtumszuwächse aristokratische Vorbilder im Lebensstil höherer Klassen auch und gerade inmitten des modernen Kapitalismus herausbilden können. Genau solche Bedingungen von langer Prosperität mit hohen Reichtumszuwächsen hat den höheren Klassen der Gegenwart der Finanzmarktkapitalismus beschert. Und so geschieht es nicht zum ersten Mal, dass sich Dynastien in den oberen Schichten entwickeln, die die Sozialstruktur feudalisieren.

Jürgen Habermas' Modell der Refeudalisierung hat aber noch einen weiterführenden Erklärungswert. Es zeigt auf, wie ganze Funktionssysteme im Fortgang ihrer Modernisierung ihren bürgerlichen Charakter verlieren können, dem sie einst ihren Ursprung verdanken. Als paradoxe Folge hiervon entsteht ein moderner Kapitalismus nicht nur ohne, sondern gegen die Bürgerlichkeit. Und möglicherweise ist es genau diese Unbürgerlichkeit, die im 21. Jahrhundert eine kulturelle Voraussetzung dafür ist, dass der Kapitalismus einen globalen Siegeszug angetreten hat. 

**SIGHARD NECKEL**

ist Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Dieser mit freundlicher Genehmigung des Autors abgedruckte Beitrag ist die bearbeitete Fassung eines Aufsatzes, der zuerst erschien in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, 8. Jg. (2011),

Heft 1, S. 117–128

# Besetzt!

WIEN MUSEUM



WOHNUNG IM BESETZTEN HAUS AEGIDIGASSE, 1986

© ROBERT NEWALD PHOTOGRAPHIE

# Querfeldein wohin?

In der vorletzten Ausgabe der ZUKUNFT stellte Christian Felber die »Gemeinwohl-Ökonomie« als Gegenentwurf für die neoliberale Konkurrenzwirtschaft vor. Michael Amon findet daran einiges auszusetzen.

**A**ls ich Anfang dieses Jahres in der Tageszeitung *Die Presse* einen kritisch-polemischen Kommentar zu Christian Felbers »Gemeinwohl-Ökonomie« veröffentlichte (»Wie man sich ein Weltbild zurechtbiegt«), entstand im Online-Forum eine heftige Diskussion, die zwei Dinge verdeutlichte: einerseits, dass es im engen Rahmen solcher Kommentare zwangsläufig zu Verkürzungen kommt, die in der Diskussion bewusst untergriffig gegen den Kommentator eingesetzt werden.

Andererseits wurde deutlich, dass viele Anhänger der Thesen Felbers mit fast religiösem Eifer selbige verteidigen und mit sektenhafter Inbrunst dem zweifelnden Kommentator alle möglichen Motive unterstellen. Neben der in den Online-Foren üblichen Absonderung von Verbalinjurien aller Art wurde unterstellt: Ahnungslosigkeit, Neoliberalismus, eine gekränkte Seele, von der Politik enttäuschter Zynismus, Schaum vor dem Mund, Egoismus und persönliche Verbitterung. Besonders interessant: auch die Mailbox des Autors wurde geflutet – die Kritiker zu 95% versteckt hinter Pseudonymen, oft wortidiente Argumentationsketten einsetzend, die zustimmenden Mails mit voller Namensnennung und von großer inhaltlicher Bandbreite. Ohne daraus direkt Schlüsse ziehen zu wollen, so ist das doch ein interessantes Phänomen sektenartiger Verhaltensweisen im Umfeld um ATTAC und diese Diskussion.

Es ist keineswegs so, dass man als Sozialdemokrat leichten Herzens Kritik an ATTAC übt. Einerseits setzen viele Sozialdemokraten Hoffnungen auf ATTAC, andererseits gibt es nicht unbedeutende Schnittmengen in sozialen und ökonomischen Grundfragen wie sozialer Gerechtigkeit, bürgerlichem Gleichheitsanspruch und Verteilung der Güter. Es sind dies uralte Fragen, über deren Bedeutung es in der Geschichte der

sozialistischen Gruppierungen immer große Übereinstimmung gab. Die Geister teilten sich erst in der Beantwortung der daraus resultierenden Fragen. Die Diskussion, die ich rund um diese Thesen erlebt habe, zeigte auf Seiten vieler Befürworter von Felbers Thesen genau jene Züge und Erscheinungen, die wir aus den Gründerzeiten der verschiedenen auf sozialistischen Ideen beruhenden Bewegungen kennen. Die Gefechte zwischen Bakunisten, Babeufisten, Proudhonisten, Blanquisten, Marxisten, Lassalle-Anhängern u. v. a. trugen ähnlich erbitterte und fanatische Züge (aber auch die Diskussion innerhalb der radikalen Nach-1968er-Linken).

## FALSIFIZIERTE SOZIALISTISCHE IDEEN

Selbst als die großen sozialdemokratischen Parteien etabliert waren, wurden sie von heftigen internen Differenzen gebeutelt. Man denke an den Revisionismusstreit oder an die erbitterte Auseinandersetzung mit den linkssozialistischen und kommunistischen Abspaltungen. Womit wir schon bei einer ersten Kritik an Felbers Thesen angelangt sind. Im kommunistischen Manifest, das bei aller Überholtheit mancher Thesen schon aus Traditionsgründen noch immer zum Kanon auch der Sozialdemokratie gehört, steht: »Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen.« Genau das aber tut Felber, wenn er das Wortfeld Sozialismus meidet wie die Pest.

Dabei steht völlig außer Frage, dass sich seine Vorschläge aus der Ideenwelt historischer Sozialismen aller Art speisen, einen eklektischen Rundumschlag im Gestrüpp gescheiterter sozialistischer Experimente darstellen. Was sich hier als neues Denken ausgibt, ist in Wahrheit ein Spaziergang durch ein fiktives Museum falsifizierter sozialistischer Ideen und Experimente. Man kann davon ausgehen, dass Felber bewusst ist, dass er sich

im Regal diverser Sozialismen bedient («... das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie speist sich aus mehreren Modellen und allen bekannten ökonomischen Systemtypen»), den Begriff selbst aber scheut er wie der Teufel das Weihwasser.

## PLANWIRTSCHAFT

Auf diese Art soll wohl verschleiert werden, dass sein Modell, konsequent zu Ende gedacht, sehr wohl in einer Abart von Planwirtschaft enden würde. Erst am Ende des Buches, in einem kleinen Absatz, kommt er zur Sache: »Eine ›echte‹ Planwirtschaft, die ohne Geld und Produktionspreise auskommt, ..., könnte dezentral, partizipativ und demokratisch organisiert werden. ... Doch zu dieser Premiere ist es noch nicht gekommen. Zu sehr wird ›Planwirtschaft‹ noch mit zentraler Steuerung kurzgeschlossen und mit Diktatur.« Das ist bestenfalls politisch naiv. Planwirtschaft ohne zentrale Steuerung gibt es nicht. Die Folgen einer solchen Steuerung sind bekannt. Nun will ich Felber keinesfalls unterstellen, dass er ein diktatorisches System anstrebt. Er meint es gut mit der Menschheit. Aber – und die Geschichte zeigt es überdeutlich – »gut gemeint« ist oft das Gegenteil von »gut«.

Pauschal lässt sich sagen, dass die Felberschen Thesen einen Rückfall hinter bereits erreichte Erfahrungen und Erkenntnisse bedeuten. Ihrem Wesen nach sind sie frühsozialistisch, der Kategorie utopischer Sozialismen zuzuordnen. Es gibt allerdings auch wichtige, zu beachtende Unterschiede: Die utopischen Sozialisten (und auch der frühe Marx und der alte Engels) hatten nicht unsere Erfahrungen, sowohl was die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus betrifft als auch die realen Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Die Utopie der Frühsozialisten war eine Utopie des Ziels. Der Utopismus Felbers ist einer des Weges und der Mittel. Mehr noch: die Synthese von utopischem Ziel und utopischem Weg.

## SCHOLASTISCHES SYSTEM

Das Wesen dieser Utopien liegt darin, dass ihre Forderungen in moralischen Missständen begründet sind, etwa der

schreienden Ungerechtigkeit der Güterverteilung. Die große Leistung von Marx bestand (bei allen Fehlern, die hier nicht diskutiert werden müssen) aber eben genau darin, der moralischen Empörung eine wissenschaftliche Basis zu geben. Das Wesen dieser Wissenschaftlichkeit liegt in der dauernden Weiterentwicklung der Analyse der Grundlagen unserer Gesellschaft und ihrer Entwicklungstendenzen.

Die Theorie selbst muss einer ständigen Wandlung auf Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse unterliegen. Genau das meinte übrigens Eduard Bernstein, wenn er die berühmten und oft missverstandenen Worte formulierte: »Das Ziel, was immer es sei, ist mir nichts, die Bewegung alles.« Bewegung im Sinne der dauernden Weiterentwicklung der Theorie auf Basis der sich ändernden Umstände – das ist bis heute das Wesen eines wissenschaftlichen Sozialismus und einer Sozialdemokratie, die nicht Utopien nachhängt, sondern an der fortwährenden Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und an der Minderung sowohl menschlichen Leids als auch grotesker Ungerechtigkeiten arbeitet.

Felber dagegen errichtet ein scholastisches System vorgefasster, feststehender Lehrsätze und Gedanken, die der Prüfung an den Tatsachen oft nicht standhalten. So sind weder zu hohe Managergehälter noch zu rasch wachsende Großvermögen das Problem unserer derzeitigen Krise (und schon gar nicht das große Problem unserer Zeit). Manche Managerbezüge sind absurd überzogen, keine Frage, aber angesichts der Milliardenbeträge, die zur Rettung des Bankensystems aufgebracht werden mussten (und noch aufzubringen sein werden), von lächerlicher Nebensächlichkeit. Solche Bezüge wieder in fassbare Bereiche zurückzuführen ist keine ökonomische Frage, sondern eine der Klugheit. Auch rasch wachsende Großvermögen müssen kein gesellschaftliches Problem sein. Man denke etwa an jene Riesenvermögen, die im Rahmen des Wiederaufbaus entstanden sind (Grundig, Bertelsmann u.v.a.). Sie waren Ausdruck eines allgemeinen Aufschwungs und realwirtschaftlich begründet. Jene Vermögen aber, die nicht real-

wirtschaftlich fundiert sind, stellen selbst einen Teil der Blase dar und sterben mit ihr.

### GATES UND OLIGARCHEN

Ob Herr Gates 50 oder 30 Milliarden Dollar schwer ist, das ist für den Gang der Weltökonomie piepegal. Er könnte im Ernstfall keinen der beiden Werte erlösen, ohne dieses Vermögen beim Realisierungsversuch zu einem großen Teil zu vernichten. Man vergesse auch jenen russischen Oligarchen nicht, der nach dem krisenbedingten Verlust von 90% seines Vermögens noch immer eine Milliarde hatte. Wenn her Gates sein gesamtes Vermögen in einem Köfferchen nach Bangladesch bringen könnte, würde das dortige Volksvermögen sich zwar verdoppeln, ökonomisch hätte sich aber nicht viel geändert. Wenn man das Geld gleichmäßig über die gesamte Bevölkerung verteilt, hätte jeder Bewohner dieses bitterarmen Landes mit einem Schlag 800 Dollar in der Tasche, ohne dass man das strukturelle Armutproblem gelöst hätte. Es ist eine frühsozialistische Vorstellung, dass man durch die Beseitigung von Vermögen die Armut bekämpfen könnte.

Das ökonomische Weltbild von Felber ist neoromantisch und von tiefer Abneigung und Misstrauen gegen die Großindustrie, den Großbetrieb an sich, getragen und geprägt. Betriebe ab 5000 Mitarbeitern etwa gehen in öffentliches Eigentum über, was wohl zu deren vorsorglicher Zerschlagung führen würde. Unter solchen Betriebsbedingungen wären viele moderne Produktionsmethoden nicht aufrecht zu erhalten (von der Chip- bis zur Autoerzeugung). Die meisten Maßnahmen, die er vorschlägt, sind vielleicht (!) für kleinräumiges Wirtschaften von Klein- und Mittelbetrieben geeignet. Eine moderne Art der Maschinenstürmerei, wie sie von Sozialdemokraten immer abgelehnt worden ist.

### WOHLFAHRTSAUSSCHUSS?

Die Gemeinwohlkriterien, die er akribisch auflistet und mit Wertungspunkten versieht, riechen im besten Fall nach permanenter Kontrolle durch Gemeinwohlwarte auf politisch

korrektes Verhalten, im schlimmsten Fall nach Wohlfahrtsausschuss. Der von ihm ebenfalls akribisch beschriebene »Wirtschaftskonvent« wäre in der Praxis vom planwirtschaftlichen Modell nicht unterscheidbar. Da hilft auch das Adjektiv »demokratisch« nicht viel. »Volksdemokratisch« war der Ostblock auch. Gerade als Sozialdemokraten sollten wir bei solchen Konstrukten den wachen Geist der Kritik nicht ausschalten. Denn Felbers Gedankengänge haben – und hier hat der Chefredakteur der Presse leider recht – durchaus etwas »Bolschewistisches«, denn »der Bolschewismus kennt nahezu keine Grenzen des Willens in der Geschichte« (Bernstein).

Die wissenschaftliche Leistung von Marx bestand unter anderem eben auch darin, die Grenzen des menschlichen Willens aufgezeigt zu haben. Etwa, dass es einen »Zusammenhang gibt zwischen der ökonomischen Entwicklungshöhe und den Möglichkeiten politischer und rechtlicher Eingriffe.« (Was Felber bei seinen Vorschlägen zur Vermögensbegrenzung, Erbrecht etc. völlig ignoriert.) Marx traf diesbezüglich eine klare Absage an jede Art von Utopismus: »Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und die dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.« Eine Maxime, die sich bis heute als roter Realismusfaden durch die Ideengeschichte der Sozialdemokratie zieht.

Ein zusätzlicher Anstrich von Utopismus entsteht durch das reichlich schlichte Menschenbild Felbers, das die Erkenntnisse der modernen Gentechnik und vor allem der Gehirnforschung völlig außer Acht lässt. Er ignoriert die Tatsache, welche fehler(be)hafte(te) Geschöpfe wir sind, wie wenig wir unseren eigenen Gedanken als Konstrukten unseres Gehirns trauen dürfen. Diese beschränkte Denkfähigkeit (schon Gravitation als geometrisches Phänomen in einer Raumzeit-Krümmung übersteigt in Wahrheit unsere Vorstellungskraft) zwingt uns zu Vorsicht und Bescheidenheit bei der Formulierung von Utopien oder Zielen, und erst recht beim Versuch, sie umzusetzen. Felbers utopischer Sozialismus ist reich an interessanten Gedanken, an scheinbar sinnvollen Ideen – aber es bleibt alles



in der Sphäre der Spekulation, der vermuteten Möglichkeit, da die wissenschaftliche Basis fehlt. Durch die neoromantische Komponente des kleinräumigen Wirtschaftens in Kleinbetrieben (eine Konsequenz der Felberschen Vorschläge, die zur Zerschlagung der Großbetriebe führen würde) entsteht ein rückwärtsgekehrter Utopismus, der sich in alten, längst gescheiterten Modellen erschöpft.

## ALTE HÜTE

Felbers Kampf für ein neues Erbrecht geht ebenfalls hinter Marx zurück, wenn vorgeschlagen wird, dass alle Werte über 500.000 Euro auf die Allgemeinheit aufgeteilt werden sollen (über das »Wie« schweigt er sich vorsichtig aus). Von der Abschaffung des Erbrechts, wie sie noch im Manifest gefordert worden war, ist schon Marx in der Auseinandersetzung mit den Bakunisten abgerückt und bezeichnete diese Idee als »Saint-Simonistische Marotte« und: »It would cause so much irritation that it would be sure to raise an almost insurmountable opposition which would inevitably lead to reaction.« Ökonomisch hielt er diese Idee für nutzlos, politisch für schädlich. Aus seiner damaligen Sicht würde das Erbrecht in einer sozialistischen Gesellschaft, am Ende eines gesellschaftlichen Prozesses, ohnedies von allein obsolet.

Die von Felber in die Diskussion eingebrachten »demokratischen Allmenden« sind ihrem Wesen nach nichts anderes als die altbekannten Genossenschaften. Es ist offensichtlich, dass er auch hier die wahre Bezeichnung scheut, weil nicht alles, wo Genossenschaft drauf steht, auch über einen entsprechenden Inhalt verfügt. Dazu kommt, dass bestimmte Zweige des Genossenschaftswesens sich offensichtlich überlebt haben. Man denke an den Untergang der österreichischen Konsumgenossenschaft, deren letzter überlebender Teil im Vorjahr Pleite gegangen ist. Und dass die derzeit größte bestehende Genossenschaft, die Raiffeisenorganisation mit ungefähr zwei Millionen Mitgliedern, ein Hort des Gemeinwohls und der Demokratie ist, zu dieser Aussage wird wohl auch Felber sich nicht versteigen wollen. Das mehrsäulige und mehrstufige


Demokratiemodell Felbers trägt den Keim des Untergangs dank Überbürokratisierung bereits in sich.

## REALITÄTSFERNE

Was tun mit Felbers Thesen? Seine Gemeinwohlbilanz-Ideen sind an Banalität nicht zu untertreffen (siehe seine eigene auf seiner Homepage). Bisher hat sich kein einziger bedeutender Industriebetrieb gefunden, der bereit wäre, diese Idee zu unterstützen. Manches klingt nach Umerziehungslager (seine Vorschläge zum Bildungswesen, um ein neues Bewusstsein zu schaffen), manches ist Voluntarismus pur (2015 Wahl der ersten Wirtschaftskonvente), anderes klingt eher nach dem beliebten Spiel DKT (Gemeinwohlpunkte).

Seine konkreten Vorschläge zu Vermögen und Einkommen würden von den Betroffenen als brutale Enteignung gewertet werden (und sind es auch), wären also nur gegen massivsten Widerstand mit undemokratischen Mitteln umzusetzen, was den Grundsätzen der Sozialdemokratie widersprechen würde. »Die Arbeiterklasse ... hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluss einzuführen. ... Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen ... « (Marx, 1871). Völlig unrealistisch ist die Idee, eine solche Ökonomie könne in einem oder zwei Ländern durchgesetzt werden, oder gar, wie Felber von der EU fordert: »Kein Freihandel mehr mit kapitalistischen Ökonomien und undemokratischen Konzernen.« Denn wie sich zeigt, ist nicht einmal eine so relativ einfache Maßnahme wie die Finanztransaktions-Steuer europaweit durchsetzbar (wobei ohnedies nur eine weltweite Umsetzung zu sinnvollen Ergebnissen führen könnte).

Es gäbe noch viel im Detail anzumerken, aber hier sollte ein grundsätzliches Nachdenken darüber angeregt werden, welche Aspekte der Thesen Felbers mit sozialdemokratischen Grundsätzen kompatibel sind. Hierbei muss vor allem auf die praktische Seite der Umsetzung geachtet werden. Ein beträchtlicher Teil der Vorstellungen Felbers ist auf absehbare

Zeit unter demokratischen Verhältnissen nicht mehrheitsfähig und damit als Handlungsanleitung unbrauchbar. Innerhalb der sozialistischen Bewegungen waren jene am erfolgreichsten, die es verstanden haben, umsetzbare Utopien zu entwickeln, für die hier und jetzt Mehrheiten gefunden werden konnten. Am Schreibtisch entworfene Modelle, die vielleicht, mit viel Glück, in zwanzig oder dreißig Jahren ihre Wirkung entfalten würden, waren nicht Sache der Sozialdemokratie, sondern Vorschläge, die unmittelbar die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Besseren verändern konnten. Frei nach Bernstein: Das zu erkennen, was zu wollen möglich ist, bietet die höchste Chance, das Gewollte zu erreichen. An dieser Erkenntnisfähigkeit mangelt es dem Felberschen Modell der Gemeinwohl-Ökonomie in hohem Maße. 

#### MICHAEL AMON

ist Bruno-Kreisky-Preisträger, lebt in Wien und Gmunden. Sein Buch zum Thema: »Nach dem Wohlstand«. Soeben ist sein Krimi über Korruption, Wirtschaft und Politik »Der Glanz der Welt« im Wiener echomedia-Verlag erschienen. Er arbeitet derzeit an einem großen Essay-Band über die Zukunft der Sozialdemokratie, Arbeitstitel »Auf zu welchem Gefecht«.

Der eingangs erwähnte Presse-Kommentar kann auf der Homepage des Autors <http://www.michaelamon.com> unter »Kommentare« nachgelesen werden (inkl. einer Kurzreplik darauf von Christian Felber).

# Besetzt!

WIEN MUSEUM



KINDER IM KULTUR- UND KOMMUNIKATIONSZENTRUM GASSERGASSE, 1982  
FOTO: CHRISTIAN SCHREIBMÜLLER / SAMMLUNG WIEN MUSEUM

# Kommunismus in Österreich

**Wolfgang Neugebauer bespricht** in seiner Rezension zwei Publikationen zur Geschichte der Kommunistischen Partei in Österreich

**E**s war wohl Zufall, dass 2009 zwei Bücher zur Geschichte der KPÖ erschienen, die sich noch dazu im Titel – »Kommunismus in Österreich« – ähnelten. Beide Publikationen sind für den zeitgeschichtlich Interessierten attraktiv und zur Lektüre zu empfehlen, unterscheiden sich jedoch inhaltlich, methodisch und von der politischen Perspektive der Autoren deutlich.

»Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008« wurde von Dr. Walter Baier verfasst, einem langjährigen KPÖ-Spitzenfunktionär (Parteivorsitzender 1994–2006) und nunmehrigen Mitarbeiter der Partei der Europäischen Linken, der kommunistische und linke Parteien angehören. Baiers Darstellung, obwohl durchaus sachlich und auf Quellen und Literatur gestützt, wendet sich an einen eher breiten, politisch interessierten Leserkreis und gibt einen kompakten Überblick über die Entwicklung der KPÖ in den verschiedenen Perioden. Wenn im Folgenden auch einige kritische Bemerkungen angebracht werden, soll der positive Gesamteindruck der Publikation damit nicht zunichte gemacht werden.

## PUTSCHVERSUCHE

Baiers Gewichtung der verschiedenen Perioden ist meines Erachtens unausgewogen: Von den rund 220 Seiten Kern-text sind lediglich 10 Seiten der Frühgeschichte während des Ersten Weltkriegs und in den Revolutionsjahren 1918/19 gewidmet, als die KPÖ zweimal Putschversuche zur Aufrichtung einer Räterediktatur organisierte und damals zweifellos ein wichtiger politischer Faktor war. Hingegen werden die innerparteilichen Auseinandersetzungen nach 1968/69, die mit dem Abstieg in die politische Bedeutungslosigkeit einhergingen, auf rund 100 Seiten abgehandelt. Diese Schwer-

punktsetzung hat wohl damit zu tun, dass der Autor selbst ein langjähriger Akteur in diesen Fraktionskämpfen war.

Auch die Darstellung der 1920er Jahre ist äußerst spärlich ausgefallen. Die Rolle des Langzeitparteiführers Johann Koplenig wird ausschließlich positiv gesehen. Dass die Koplenig als Verdienst angerechnete »Bolschewisierung« der kommunistischen Bewegung die totale Unterordnung unter die Komintern bzw. die KPdSU bedeutete und die KPÖ jede noch so fehlerhafte Linie wie die Qualifizierung der Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten« bedingungslos nachvollzog sowie die schon damals sichtbaren Verbrechen des Stalinismus guthieß, wird nicht hinterfragt.

Baier widmet zwar einen eigenen Abschnitt den Opfern des Stalinismus und hat sich gegen starke innerparteiliche Widerstände gemeinsam mit dem früheren Parteivorsitzenden Franz Muhri um die Aufarbeitung des Schicksals der Opfer bzw. um deren Rehabilitierung ernsthaft bemüht. In dem 2001 im Globus-Verlag erschienenen Buch »Stalin und wir« hat er eine bemerkenswerte theoretische Analyse des Stalinismus geliefert, für die er einige Jahre zuvor noch aus der Partei ausgeschlossen worden wäre. In der vorliegenden Publikation wird jedoch die konkrete Mitverantwortung der KPÖ-Führung in Moskau, die vor allem in schlechten Beschreibungen in den Kaderakten und in Parteiausschlüssen bestand, die in weiterer Folge zu Inhaftierung und Tod der Betroffenen führten, von Walter Baier nicht in der notwendigen Klarheit aufgezeigt.

Der Unterschied in der Darstellung der beiden KPÖ-Geschichten wird besonders am Beispiel von Grete Wilde sichtbar. Diese junge deutsche Kommunistin kam mehrfach als »Instruktorin« der Komintern nach Österreich und zog sich

durch ihre Kritik und ihr Durchgreifen die Feindschaft von KPÖ-Funktionären zu. Baier weist zwar darauf hin, dass Wilde in der Erinnerung der Partei zu Unrecht ausgelöscht worden ist, zumal sie der stalinistischen Repression zum Opfer fiel. In der Darstellung Barry McLoughlins wird aber in einem eigenen Abschnitt unter dem Titel »Die KPÖ zahlt heim: Grete Wilde« die schuldhafte Mitwirkung der KPÖ-Führung in Moskau detailliert beschrieben. Wilde wurde 1937 nach einer Anklageschrift des KPÖ-Spitzenfunktionärs Friedl Fürnberg aus der KP ausgeschlossen, vom NKWD verhaftet und kam im Gulag um.

## WIDERSTAND UND EXIL

Die bedeutende Rolle der österreichischen KommunistInnen im Widerstand gegen das NS-Regime, aber auch im Exil wird immerhin auf ca. 40 Seiten beschrieben. Die von ZK-Mitglied Alfred Klahr auf Initiative von Komintern-Generalsekretär Dimitrow entwickelte Theorie von einer eigenen österreichischen Nation und die daraus resultierende Orientierung der KPÖ auf die Wiederherstellung eines freien und demokratischen Österreich waren mit ein Grund, dass die KPÖ im Widerstand mehr Menschen mobilisieren konnte als in ihrer legalen Zeit vor 1933. Zu Recht stellte Baier fest, dass sich die KPÖ mit dem von ihren AktivistInnen geleisteten opferreichen Widerstand »unauslöschlich in die Geschichte Österreichs eingeschrieben« hat. Hinzuzufügen ist, dass die überwältigende Mehrheit der kommunistischen WiderstandskämpferInnen ehemalige SozialdemokratInnen waren.

Dass die KPÖ trotz dieser unbestreitbaren Verdienste nach der von ihr mitgestalteten Wiedererrichtung der Republik 1945 politisch nicht reüssieren konnte, lastet Baier der sowjetischen Besatzungsmacht (Übergriffe gegen Bevölkerung) bzw. Politik an, die mit der Einsetzung des rechten Sozialdemokraten Karl Renner als Regierungschef die KPÖ vor vollendete Tatsachen stellte und auch sonst kaum Rücksicht auf die österreichischen GenossInnen nahm. Bemerkenswerterweise zitiert Baier ein erst 2005 aufgetauchtes Protokoll einer Aus-

sprache der führenden KPÖ-Politiker Koplenig und Fürnberg mit dem damaligen Staatspräsidenten und Politbüromitglied der KPdSU Andrej Shdanow 1948 in Moskau, bei der der sowjetische Spitzenfunktionär Tendenzen der KPÖ zur Teilung Österreichs scharf kritisierte. Jedenfalls hat der in der Nachkriegszeit erworbene Ruf als »Russenpartei« die KPÖ nachhaltig beschädigt und als politischer Faktor zunehmend ausgeschaltet.

Obwohl die KPÖ in einem unaufhaltsamen Niedergangsprozess war, der durch die Ereignisse in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 beschleunigt wurde, konnte sie bis in die 1990er Jahre einen Apparat mit rund 300 Parteiangestellten aufrechterhalten, weil sie ein profitables Firmenimperium aufgebaut hatte, das beim österreichischen Osthandel mitschnitt. Baier beschreibt – erstmals ausführlich und offen – das Zustandekommen dieses Milliarden(Schilling)vermögens sowie dessen Verlust im Zuge des von der BRD gewonnenen Prozesses um die KPÖ-Firma Novum 2003, was schließlich zur Liquidierung des überdimensionierten Parteiapparates führte. Den Fraktionskämpfen der letzten zwei Jahrzehnte widmet Baier viel Raum, um zu dem Resümee zu kommen, dass der österreichische Kommunismus heute »nur eine Randerscheinung des politischen Lebens« darstellt.

Die zweite Publikation weist eine größere Distanz der Verfasser zur Thematik auf und ist in einem höheren Maße auf – vornehmlich archivalische – Quellen gestützt. Da sie drei Verfasser aufweist, in zwei Bücher und fünf Hauptabschnitte gegliedert ist und neben der KPÖ auch die ausländischen KPs sowie die sowjetischen Praktiken in Österreich behandelt, ist eine gewisse Heterogenität und Unübersichtlichkeit unübersehbar.

Verena Moritz geht auf die Tätigkeit der schon seit 1918 bestehenden sowjetischen Mission in Österreich ein, die für die Interessen der Komintern im Donaauraum und am Balkan bzw. für sowjetische Geheimdienstaktivitäten eingesetzt

wurde. Ein eigenes Kapitel ist dem Wiener Polizeipräsidenten Dr. Johannes Schober gewidmet, der »an vorderster Front im Kampf gegen den Kommunismus stand«.

Hannes Leidinger behandelt Wien als Standort der Kommunistischen Internationale von 1919 bis 1927 und geht im Besonderen auf die in Wien tätigen ausländischen KommunistInnen ein. Insbesondere für die kommunistischen Parteien der Balkanstaaten, Ungarns und Italiens war Wien damals ein wichtiges Zentrum und bekannte Politiker und Theoretiker wie Bela Kun, Antonio Gramsci, Angelika Balabanowa oder Georgi Dimitrow lebten oder operierten zeitweise hier. Die Verzahnung zwischen diesen Parteien, der Komintern und der Sowjetbotschaft wird daran sichtbar, dass der Sprengstoff für das 1925 von bulgarischen Kommunisten verübte Attentat in der Kathedrale von Sofia (über 100 Tote) aus Wien geliefert wurde. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass diesen Aktivitäten ein höherer Stellenwert zukam als der zu dieser Zeit völlig bedeutungslosen KPÖ.

Barry McLoughlin, Universitätsdozent und freier Mitarbeiter des dÖw, behandelt die Zeit 1927 bis 1938, wobei er im ersten Teil die eigentliche Parteigeschichte darstellt. Eine Konstante auch in diesem Zeitraum war die Bevormundung der KPÖ durch die Komintern im Wege von Beratern aus der KPD. Der auch der KPÖ aufgezwungene ultralinke Kurs mit der Sozialfaschismus-Theorie führte zu Mitgliederverlusten und sinkenden WählerInnenzahlen. Am 26. Mai 1933 wurde die KPÖ von der Regierung Dollfuß verboten und setzte ihre Tätigkeit im Untergrund fort. Erst durch die Februarereignisse 1934 erlebte die KPÖ einen Aufschwung, als sich viele linke SozialdemokratInnen und enttäuschte Schutzbundkämpfer ihr anschlossen und die Partei nun vier- bis fünfmal mehr Mitglieder hatte als vor dem Parteiverbot – eine Entwicklung, die der Autor als »Aufstieg zur Massenpartei« charakterisiert.

Barry McLoughlin arbeitet heraus, dass die von Komintern-Generalsekretär Dimitrow mit Zustimmung Stalins

1934/35 eingeleitete neue Linie der Komintern (Abkehr von der Sozialfaschismustheorie, »Antifaschismus«, »Volksfront«) auch mit den Februarkämpfen und dem daraus resultierenden hohen Ansehen der (sozialdemokratischen) Schutzbündler in der Sowjetunion zu tun hatte. Die nun angestrebte Zusammenarbeit mit den Revolutionären Sozialisten, der Nachfolgepartei der SdAP, wurde aber nicht zuletzt durch die Moskauer Schauprozesse und die Troztkisten-Kampagne der Komintern schwer beeinträchtigt. Der Kurswechsel von der »Diktatur des Proletariats« zur »demokratischen Republik« führte in der KPÖ und im KJV zu Auseinandersetzungen, im Zuge derer die Oppositionsgruppe um die Zeitschrift »Ziel und Weg« (Christian Broda, Karl Stadler u. a.) als »Trotzkisten« ausgeschlossen wurde.

Barry McLoughlin beschränkt sich nicht auf die Parteigeschichte, sondern geht im zweiten Teil auf die »Geheimapparate« ein und beschreitet damit wissenschaftliches Neuland. Ausführlich werden die sowjetischen Geheimapparate in Österreich und insbesondere deren Spionageorganisationen und –tätigkeit sowie der (geheimdienstartige) Verbindungsdienst der Komintern (OMS) und deren Wiener Passfälscherzentrale behandelt, ebenso die Tätigkeit mehrerer ausländischer Komintern-Sektionen in Österreich (Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien). Zu den kommunistischen Praktiken gehörten auch Fememorde, die zumeist an Verrätern, Überläufern oder Dissidenten verübt wurden. In den Mordfall Semmelmann 1931 waren die damals der KPÖ bzw. dem KJV angehörenden Brüder Engelbert und Christian Broda am Rande involviert.

## SÄUBERUNGEN

Im dritten Teil seines Buches beschreibt und analysiert McLoughlin die Säuberungen in Moskau, denen zahlreiche, auch durchaus parteiergebene KommunistInnen zum Opfer fielen. Zu diesen gehörte u.a. der ehemalige sozialdemokratische Stadtrat von Waidhofen an der Ybbs und Februarkämpfer Kurt Dernberger, der nach dem Februar 1934 eine steile KP-Karriere erlebte und Kandidaten-Mitglied des Exekutivko-

mittees der Komintern wurde. Er wurde auf Grund von Verdächtigungen seitens seiner Genossen vermutlich 1945 in die Sowjetunion verschleppt.

McLoughlins Darstellung beinhaltet eine Fülle von Details, die sich streckenweise wie ein Politthriller lesen. Die minutiöse Aufarbeitung der engen Verflechtung des KPÖ-Apparates mit den sowjetischen Geheimdienst- und Spionageorganisationen und die damit verbundene Involvierung in verbrecherische Praktiken ist ein besonderes Verdienst, weil diese Aspekte in den meist heroisierenden und apologetischen Parteigeschichten sorgfältig ausgeklammert wurden.

Die Lektüre beider hier besprochenen Publikationen verschafft einen umfassenden Einblick in die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Österreich. 🍷

#### **WOLFGANG NEUGEBAUER**

ist Historiker und war 1983 – 2004 wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW).

**Walter Baier**, Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008, Edition Steinbauer, Wien 2009, 301 S.

**Barry McLoughlin / Hannes Leidinger / Verena Moritz**, Kommunismus in Österreich 1918-1938, Studien Verlag, Innsbruck-Wien-Bozen 2009, 529 S.

# Unrecht, Gefängnis & Verantwortung



**Andreas Fischer-Lescano,  
Kolja Möller**  
DER KAMPF UM GLOBALE  
SOZIALE RECHTE

Die Autorin, der Autor zeigen eine Vielzahl konkreter Anknüpfungspunkte im Recht der Weltgesellschaft auf, um die neoliberale Globalisierung zu überwinden. Die Emanzipation kann gelingen

in einer europäischen Sozial- statt Wirtschaftsunion, in einer Welt, in der Unternehmen für ihre sozialen und ökologischen Vergehen zur Verantwortung gezogen werden.

**WAGENBACH**, 96 Seiten, 15,40 Euro



**Mustafa Ideli u.a. (Hg.)** NEUE  
MENSCHENLANDSCHAFTEN

Ein umfassender Blick auf einen Teilaspekt der Schweizer Emigrationsgeschichte: Die Menschen aus der Türkei haben zu einer neuen, nahöstlicheren »Menschenlandschaft« der Schweiz beigetragen. Probleme, die sich hier neu stellten, werden als unvermeidbare Herausforderungen der Gegenwart gezeigt, die der langfristigen »Erfolgsgeschichte« dieser Migration keinen Abbruch tun.

**CHRONOS**, 404 Seiten, 40,70 Euro



**Joe Bausch**  
KNAST

Seit über 25 Jahren arbeitet Joe Bausch als Gefängnisarzt in Werl, einer der größten deutschen Justizvollzugsanstalten. Die Häftlinge vertrauen ihm. Hautnah erlebt er die Gefängnisinsassen und deren Konflikte und Tragödien: Ein Mann legt eine Lebensbeichte ab – und erhängt sich zwei Tage später. Ein Mörder gesteht weitere Verbrechen, weil er weiß, dass sein Arzt an die Schweigepflicht gebunden ist. Eindringlich erzählt Bausch von einer Welt mit ihren eigenen Regeln.

**ULLSTEIN**, 240 Seiten, 20,60 Euro



**Henryk Broder**  
VERGESST AUSCHWITZ

Auschwitz stehe für den großen Zivilisationsbruch, sei aber in der tagespolitischen Auseinandersetzung längst zum billigen argumentativen Kleingeld verkommen. Broder fordert, die verfluchte Erinnerung endlich ruhen zu lassen und stattdessen Geld und Kraft zu investieren, um neue

Genozide zu verhindern und menschenfeindliche Diktaturen zu bekämpfen.

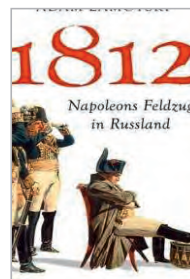
**KNAUS**, 176 Seiten, 17,50 Euro



**Michael Schefczyk**  
VERANTWORTUNG FÜR HISTORISCHES  
UNRECHT

Das Buch bietet die erste systematische Untersuchung der Frage nach der Verantwortung für historisches Unrecht seit Jaspers »Die Schuldfrage«. Mit den Mitteln der modernen philosophischen Analyse untersucht es Gründe und Grenzen moralischer Verantwortung und unterbreitet Lösungsvorschläge für das Problem der Wiedergutmachung vergangenen Unrechts.

**DE GRUYTER**, 468 Seiten, 66,80 Euro



**Adam Zamoyski**  
1812

Napoleons Feldzug in Russland ist das historische Beispiel eines totalen Krieges. 1812 erzählt über den Wahnsinn dieses Eroberungskrieges und über den Wahn eines Eroberers. Zamoyski hat Augenzeugenberichten, oft erstmals, ausgewertet und eine lebendige, prägnant urteilende *histoire totale*, ein »Krieg und Frieden« der Militärgeschichte, geschrieben. Das Ergebnis ist ein Buch, das Geschichte so hautnah erzählt, wie es nur wenigen Autoren gelingt.

**C. H. BECK**, 720 Seiten, 30,80 Euro



Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

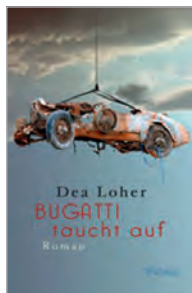
# Träume, Großstadt & ein Bugatti



**Charles Dickens**  
**GROSSE ERWARTUNGEN**

Charles Dickens schönster Roman liegt nun in einer ausgezeichneten Neuübersetzung von Melanie Walz vor. Der Waisenjunge Pip erlernt das Handwerk des Schmieds, dann stiftet ihm ein unbekannter Wohltäter ein Vermögen, damit er sich in London zum Gentleman ausbilden kann. Es geht um Kindheit und Erwachsenwerden, um Arm und Reich, um Klug und Dumm, um Gut und Böse.

**HANSER**, 832 Seiten, 35,90 Euro



**Dea Loher**  
**BUGATTI TAUCHT AUF**

Ein junger Mann wird während der Fasnacht 2008 in Locarno von einer Gruppe Jugendlicher erschlagen. Aber je minutiöser die Rekonstruktion der Tat versucht wird, umso unschärfer wird, was wirklich geschehen ist. Ein Freund der Familie des Opfers erinnert sich an ein Autowrack, das seit 75 Jahren auf dem Grund des Lago Maggiore liegt: Ein Bugatti Brescia 22. So sagt man wenigstens.

**WALLSTEIN**, 208 Seiten, 20,50 Euro



**Anna Katharina Hahn**  
**AM SCHWARZEN BERG**

Der Sommer in den einsamen Häusern am Rande Stuttgarts vergeht mit den hilflosen Versuchen der beiden älteren Paare, einen Verzweifelten wieder aufzurichten. Auf der Suche nach Mia und den Kindern durchstreift Emil mit Peter die überhitzte Großstadt. Anna Katharina Hahn erzählt von verzweifelter Liebe und davon, dass im entscheidenden Augenblick selbst die nächsten Menschen einander ein Rätsel bleiben.

**HANSER**, 300 Seiten, 20,60 Euro



**Friederike Mayröcker**  
**ich sitze nur GRAUSAM da**

Die neue Prosaschrift Friederike Mayröckers, so streng gefügt in Form und Sprache wie üppig wuchernd in Tag- und Nachträumen, ist ein weiterer Band im radikalen Alterswerk der großen Wiener Dichterin. Es ist Sommer in diesem Buch, auch wenn sich die Natur oftmals nicht daran hält, die Blumen erst winzige Knospen tragen oder längst schon wieder verblüht sind.

**SUHRKAMP**, 141 Seiten, 18,50 Euro



**Maylis de Kerangal**  
**DIE BRÜCKE VON COCA**

Die neuen Dimensionen der Komödien und Tragödien im Alltag der Globalisierung sind Inhalt des preisgekrönten Romans der französischen Autorin. Personen aus den unterschiedlichsten Weltgegenden treffen aufeinander, und es entwickeln sich neue ungeahnte Verwicklungen, Verhältnisse und Beziehungen zwischen den Menschen, es entstehen völlig unbekannte Situationen mit unvorstellbaren Konsequenzen.

**SUHRKAMP**, 287 Seiten, 20,60 Euro



**Javier Sebastián**  
**DER RADFAHRER VON TSCHERNOBYL**

Sebastián entführt uns nach Prypjat, der Retortenstadt in unmittelbarer Nähe des Reaktors, und berichtet über die Schicksale seiner Bewohner. Sie verdanken dem Radfahrer von Tschernobyl nicht nur ihr Leben, sondern auch ihre Zukunft: Unbeeindruckt von der staatlichen Repression tut er alles dafür, den Opfern von Tschernobyl den Alltag nach der Katastrophe wenigstens ein bisschen zu erleichtern.

**WAGENBACH**, 224 Seiten, 20,50 Euro

# Der vergessene Zusammenhang zwischen Budget und Konjunktur


Die Bundesregierung hat jüngst ein Sparpaket geschmürt, mit dem das Budgetdefizit bis 2016 auf null gesenkt werden soll. Sie erfüllt damit die auf Ebene der Europäischen Union beschlossenen Vorgaben des »Six pack« und des »Fiskalpaktes«. Die Einnahmenerhöhungen und Ausgabenkürzungen erreichen bis 2016 einen Umfang von 9 Milliarden Euro. Das ist viel, aber doch bescheiden im Vergleich zu den meisten anderen EU-Ländern. Im relativ kleinen Sparvolumen spiegelt sich die im EU-Vergleich deutlich bessere finanzielle Lage des heimischen Staatshaushalts.

In der Debatte um einzelne Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen wird in Politik und Öffentlichkeit die entscheidende Determinante von Budgetdefizit und Staatsschuld meist übersehen: die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Bei günstiger Konjunktur mit rascher Ausweitung von Produktion, Einkommen und Beschäftigung verbessert sich der Budgetsaldo automatisch. Denn dann nimmt das Aufkommen an Gewinn- und Lohnsteuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Verbrauchssteuern zu und die Kosten für Arbeitslosengelder und Frühpensionierungen sinken: Eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums um 1 % verbessert den Budgetsaldo um ½ %. In die umgekehrte Richtung laufen die Anpassungen bei schwacher Konjunktur.

Die Wirtschaftspolitik kann zwar Steuer- und Beitragsätze sowie Teile der Staatsausgaben kontrollieren, den Budgetsaldo kann sie aber nicht festlegen, denn er ist das Ergebnis der Konsum- und Investitionsentscheidungen von privaten Haushalten und Unternehmen.

Die EU zieht aus der empirisch offensichtlichen Konjunkturabhängigkeit des Budgetsaldos die Schlussfolgerung, die

Wirtschaftspolitik soll sich auf das Ziel einer konkreten Höhe des strukturellen, also um die Einflüsse der Konjunktur bereinigten, Budgetsaldos konzentrieren. Doch so bestechend diese Überlegung in der Theorie erscheinen mag, sie ist praktisch weitgehend unbrauchbar. Denn die Normalauslastung der Wirtschaft ist empirisch genauso wenig bestimmbar wie die konjunkturellen Abweichungen von ihr und so schwanken auch die von der Europäischen Kommission berechneten strukturellen Budgetsalden mit der Konjunktur und zwar nicht nur in der Prognose, sondern sogar für die Vergangenheit. Das Konzept ist unbrauchbar.

Das ändert nichts daran, dass es auf europäischer Ebene die Politik dominiert und unter dem Titel »Schuldenbremse« konkrete Ziele für den strukturellen Budgetsaldo sogar in nationalstaatlichen Verfassungen verankert werden sollen. Sie bilden die ideologische Rechtfertigung der EU-Vorgaben, die Staatsausgaben in Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien in großem Umfang zu kürzen, obwohl sich diese Länder in einer Rezession befinden. Es handelt sich nach dieser Lesart ja ohnehin nur um die unabhängig von der Konjunktur notwendige Verringerung struktureller Defizite. Doch die Staatsausgabenkürzungen verschärfen die Krise, erhöhen die Arbeitslosigkeit, beeinträchtigen die Steuereinnahmen und verhindern sogar die Erreichung der Budgetziele. Darauf folgen meist Forderungen nach neuerlichen Einsparungen. So entsteht der berüchtigte Teufelskreis aus Sparen-Rezession-Sparen. 

**MARKUS MARTERBAUER**

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft  
und Statistik der AK Wien.



# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:  
edition rot GmbH  
Löwelstraße 18  
1014 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort/PLZ: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

